

# TECHNIK UND WIRTSCHAFT

MONATSSCHRIFT DES VEREINES DEUTSCHER  
INGENIEURE • REDAKTEUR D. MEYER

8. JAHRG.

FEBRUAR 1915

2. HEFT

## AUFGABEN DER DEUTSCHEN INDUSTRIE AUS ANLASS DES KRIEGES.

Von SCHULZ-MEHRIN, Grunewald.

Bei der Unsicherheit über die voraussichtliche Dauer des gegenwärtigen Krieges darf die deutsche Industrie die augenblicklichen wirtschaftlichen Verhältnisse nicht als völlig ungewöhnlich und bald vorübergehend auffassen, denen gegenüber Augenblicksmaßnahmen und Augenblicksanpassung genügen, sondern sie wird gut tun, sich den veränderten Verhältnissen möglichst für eine gewisse Dauer anzupassen, mit andern Worten, sich weitgehend neu zu orientieren, wie Dr.-Ing. Wilh. von Oechelhaeuser, Dessau, das auf einer Versammlung des Berliner Bezirksvereines deutscher Ingenieure ausgedrückt hat.

Diese Neuorientierung erscheint auch für den Fall, daß Deutschland und seine Verbündeten in nicht zu ferner Zeit einen endgültigen Sieg über alle ihre Gegner davontragen, durchaus zweckmäßig, wenigstens auf gewissen Gebieten. Denn wenn wir und unsre Verbündeten siegreich sind, werden unsre unterlegenen Gegner nach dem Frieden wahrscheinlich die deutschen Waren boykottieren, wo sie nur irgend können, und werden sich gegenseitig nach Möglichkeit begünstigen. Man verlasse sich nicht darauf, daß bessere Beschaffenheit oder größere Preiswürdigkeit deutscher Waren die feindliche Stimmung überwinden werden. Gewiß wird das schließlich geschehen, aber sehr langsam und erst nach einer Reihe von Jahren. Abgesehen davon, daß eine solche Überlegenheit erst allmählich erkannt wird, ist zunächst auf jeden Fall die Feindseligkeit größer als der wirtschaftliche Egoismus, die Leidenschaft größer als die Vernunft. Und unsere ausländischen Mitbewerber werden die feindselige Leidenschaft immer und immer wieder schüren und vor ihren Reklamewagen spannen. Auch die feindlichen Regierungen werden ähnlich wie jetzt durch Gesetze und Verordnungen ihr Möglichstes tun, um den deutschen und österreichischen Wettbewerb fernzuhalten. Wir brauchen nur daran zu erinnern, daß es drei bis vier Jahrzehnte gedauert hat, ehe die

durch den Krieg von 1870/71 gestörten Geschäftsbeziehungen zwischen Deutschland und Frankreich wieder als „fast normal“ bezeichnet werden konnten (noch in den letzten Jahren durften Pariser Kaufhäuser deutsche Waren nicht offen führen), und daß es jahrelang gedauert hat, bis die im Burenkrieg entfachte Mißstimmung Englands gegen Deutschland die geschäftlichen Beziehungen zwischen England, den englischen Kolonien und Deutschland nicht mehr nachteilig beeinflusste. Jetzt aber wird nicht bloß die feindselige Stimmung heftiger und nachhaltiger sein, sondern auch die hiervon ergriffenen Gebiete sind unendlich viel weiter ausgedehnt. Hinzu kommt, daß England mit Hilfe seiner Kabel und Nachrichtenbureaus auch einen großen Teil der neutralen Länder zuungunsten Deutschlands beeinflusst und auch die erste Zeit nach dem Kriege noch beeinflussen wird.

Das alles in Betracht gezogen, wird also die deutsche Industrie damit rechnen müssen, daß auch nach dem Frieden ein Handelsverkehr mit den feindlichen Ländern in dem Umfange wie bisher zunächst nicht möglich sein wird, sondern daß man dort zunächst fast nur das von Deutschland kaufen wird, was man anderswo überhaupt nicht oder nur sehr viel schlechter oder teurer erhalten kann. Eine Neuorientierung der deutschen Industrie mit Rücksicht auf diese Verhältnisse erscheint demnach in jedem Falle geboten.

Diese Neuorientierung hat offenbar darin zu bestehen, daß sich die deutsche Industrie in allererster Linie einmal den Bedürfnissen des eigenen Landes vollkommen anpaßt und den Inlandmarkt, soweit dies allgemein und mit Rücksicht auf besondere Verhältnisse möglich ist, erobert, ehe sie sich noch mehr als bisher auf die Ausfuhr einrichtet, und daß die Ausfuhr weniger nach solchen Ländern gerichtet wird, die uns jetzt, in der ersten Zeit nach dem Kriege und vermutlich auch in einem künftigen Kriege verschlossen sein werden, als nach solchen Ländern, die uns jetzt und wahrscheinlich künftig noch mehr offen stehen.

Was den ersten Punkt betrifft, so wird mancher vielleicht meinen, ein vermehrter Absatz im Inlande sei eben nicht mehr möglich, sonst wäre man nicht zur Ausfuhr übergegangen. Die Statistik lehrt ein andres; sie zeigt, Zahlentafel 1, daß zwar im ganzen die deutsche Ausfuhr von Industrieerzeugnissen, insbesondere von fertigen Waren, erheblich größer ist als die Einfuhr, daß aber doch immer noch eine nicht unbedeutende Einfuhr besteht, die recht wohl von der eigenen Industrie gedeckt werden könnte. In den Zahlentafeln 2 und 3 haben wir diejenigen Industrieerzeugnisse aufgeführt, in denen noch eine nicht unbedeutende Einfuhr stattfindet; wohlgemerkt, bei weitem nicht alle Erzeugnisse, in denen überhaupt eine Einfuhr besteht. Ebenso wie der sehr bedeutenden Einfuhr von Nahrungsmitteln nach Deutschland eine Ausfuhr gegenübersteht, ebenso steht anderseits der Ausfuhr von Industrieerzeugnissen bei fast jeder einzelnen Ware eine, wenn auch oft nur kleine, bedeutungslose Einfuhr gegenüber. Aber in den nachstehenden Tafeln sind nur diejenigen Erzeugnisse angeführt, bei denen eine so große Einfuhr besteht, daß sie weniger durch besondere örtliche oder Zollverhältnisse, als durch die industrielle Entwicklung, Leistungsfähigkeit und Absatztätigkeit erklärt werden muß.

Zahlentafel 1.  
Der deutsche Außenhandel im Jahre 1913.

|   | Ausfuhr | Einfuhr | Verhältnis<br>der<br>Einfuhr zur<br>Ausfuhr |
|---|---------|---------|---|
|   | Mill. M | Mill. M |   |
| gesamter Außenhandel . . . . .                      | 10 090  | 10 770  | 1,06 : 1                                    |
| fertige Waren . . . . .                             | 6 400   | 1 480   | 1 : 4,3                                     |
| halbfertige Waren . . . . .                         | 1 140   | 1 240   | 1,1 : 1                                     |
| Summe der fertigen und halbfertigen Waren . . . . . | 7 540   | 2 720   | 1 : 2,8                                     |

Zahlentafel 2.  
Aus- und Einfuhr von Erzeugnissen der Maschinen-, Eisen- und Metallindustrie  
im Jahre 1913.

| Gegenstand   | Ausfuhr<br>1000 M | Einfuhr<br>1000 M | wichtigste Herkunftländer                               |
|--|-------------------|-------------------|---|
| Dampfturbinen . . . . .  | 2 967             | 1 163             | Schweiz   |
| Verbrennungsmaschinen für Fahr-<br>zeuge . . . . .               | 2 619             | 1 125             |   |
| Nähmaschinen . . . . .   | 27 546            | 3 888             | Amerika, England  |
| Maschinen für Vorbereitung der<br>Baumwollverarbeitung . . . . . | 1 145             | 3 635             | England   |
| Baumwollspinnmaschinen . . . . .                                 | 870               | 3 538             | England   |
| Webstühle . . . . .  | 7 843             | 2 188             | England, Schweiz  |
| Wäschereimaschinen . . . . .                                     | 3 344             | 1 390             | Amerika   |
| Metallbearbeitungsmaschinen . . . . .                            | 81 837            | 8 911             | Amerika, England, Schweiz                               |
| Motorpflüge . . . . .  | 4 491             | 1 531             | England, Amerika  |
| Mähmaschinen . . . . .   | 1 545             | 22 596            | Kanada, Amerika, England,                               |
| Dreschmaschinen . . . . .  | 8 918             | 1 128             | England   |
| Milchenträhmmaschinen . . . . .                                  | 4 089             | 2 769             | Schweden  |
| verschiedene landwirtschaftliche<br>Maschinen . . . . .          | 11 876            | 1 211             |   |
| Hebemaschinen . . . . .  | 12 454            | 1 215             | England, Italien  |
| Schnellpressen für Buchdruck . . . . .                           | 9 938             | 1 160             |   |
| Dynamomaschinen . . . . .  | 56 532            | 2 998             | Schweiz   |
| elektrische Kabel . . . . .                                      | 39 268            | 2 275             | Belgien   |
| Personen-Motorwagen . . . . .                                    | 70 996            | 12 190            | Amerika, Frankreich, Bel-<br>gien, England, Oesterreich |
| Last-Motorwagen . . . . .  | 13 150            | 1 953             | Schweiz   |
| Schreibmaschinen . . . . .                                       | 8 500             | 3 320             | Amerika   |
| Kontrollkassen . . . . .   | —                 | 4 000             | Amerika   |
| kleine Eisenwaren . . . . .                                      | —                 | 22 000            |   |
| Taschenuhren . . . . .   | 2 729             | 26 514            | Schweiz   |
| Seeschiffe aus Eisen mit Antriebs-<br>maschinen . . . . .        | 11 170            | 22 906            | England   |

## Zahlentafel 3.

Aus- und Einfuhr verschiedener Industrieerzeugnisse und Waren  
im Jahre 1912 (1913).

| Gegenstand                          | Ausfuhr<br>1000 M | Einfuhr<br>1000 M | wichtigste Herkunftländer     |
|-------------------------------------|-------------------|-------------------|-------------------------------|
| Baumwollwaren . . . . .             | 397 000           | 54 000            | England                       |
| Baumwollgarn . . . . .              | 55 000            | 104 000           | >                             |
| Wollwaren . . . . .                 | 268 006           | 45 000            | >                             |
| Wollgarn . . . . .                  | 89 000            | 108 000           | >                             |
| Seidenwaren . . . . .               | 191 000           | 77 000            | Frankreich                    |
| Filzhüte aus Haarfilz . . . . .     | 437               | 5 864             | Oesterreich, England, Italien |
| Holzwaren, Möbel . . . . .          | 45 000            | 12 000            |                               |
| Papierwaren . . . . .               | 155 000           | 22 000            |                               |
| Lederwaren . . . . .                | 86 000            | 19 000            |                               |
| Kautschukwaren . . . . .            | 145 000           | 23 000            |                               |
| Gold- und Silberwaren . . . . .     | 52 000            | 20 000            |                               |
| Kunstseide (1913) . . . . .         | 9 884             | 18 783            | Belgien                       |
| Ammoniak (1913) . . . . .           | 18 600            | 9 870             |                               |
| Schwefelsäure (1913) . . . . .      | 3 100             | 6 500             | Belgien                       |
| Anilin . . . . .                    | 134 000           | 6 000             |                               |
| Kampfer (1913) . . . . .            | 15 600            | 27 800            | Japan                         |
| Kautschuk und Guttapercha . . . . . | —                 | 184 000           |                               |
| Chilesalpeter . . . . .             | —                 | 179 000           |                               |
| Thomasphosphatmehl . . . . .        | 27 000            | 14 000            |                               |
| Düngemittel . . . . .               | —                 | 21 000            |                               |
| Seife . . . . .                     | 6 500             | 799               | Frankreich, England           |
| Schokolade . . . . .                | 2 148             | 5 000             | Schweiz, England              |

Die Zahlentafel 2 enthält wohl kein Erzeugnis, dessen Bedarf nicht vollständig im eigenen Lande gedeckt werden könnte. Jedenfalls dürfte das bei einiger Anstrengung bald möglich sein, zumal viele dieser Erzeugnisse, und gerade die wichtigsten, bisher von unsern nunmehrigen Feinden, Engländern, Kanadiern, Franzosen, geliefert wurden und diese Mitbewerber vorläufig ausgeschaltet sind. Die deutsche Industrie sollte alles daran setzen, sich in diesen Erzeugnissen den Inlandmarkt jetzt vollständig zu erobern. Gelingt ihr das in den nächsten Jahren, so wird sie sich bei der Versorgung des Inlandmarktes in der Fabrikation bald so vervollkommen, daß sie in stande ist, den Wettbewerb auch auf dem mißgünstigen Auslandmarkt wieder aufzunehmen und eine beträchtliche Ausfuhr zu erzielen. Besonders sei hingewiesen auf die Gruppen der Textilmaschinen, der landwirtschaftlichen Maschinen, der Kraftwagen, der kleinen Eisen- und Stahlwaren, Werkzeuge, Schiffe und Uhren.

Erfreulicherweise beginnt denn auch unsere Industrie bereits, sich zu regen. So haben sich nach einer Mitteilung in den Tageszeitungen deutsche Eisen- und Stahlindustrielle mit den deutschen Schiffbau- und Schiffahrtskreisen in Verbindung gesetzt zwecks Herstellung und Lieferung von Schiffsankern und -ketten, deren Herstellung und Vertrieb in der ganzen Welt bisher fast ein

Monopol der Engländer war. Auch die deutsche Textilmaschinenindustrie hat bekannt geben lassen, daß sie durchaus in der Lage sei, die bisher aus England bezogenen Spinn- und Webmaschinen gleich vollkommen und preiswert zu liefern und so die deutsche Textilindustrie von England, das auch hier bisher der Hauptlieferant der Erde war, unabhängig zu machen. Ebenso macht die deutsche Weißblechindustrie bereits alle Anstrengungen, um durch Erweiterung ihrer Erzeugungsstätten den Bedarf des Inlandmarktes zu decken. Dieser Bedarf betrug zuletzt jährlich rd. 150 000 t, wovon rd. 40 000 t aus England eingeführt wurden. Infolge des Krieges hat zwar der Weißblechverbrauch in verschiedenen Industrien nachgelassen, an anderer Stelle aber auch zugenommen, so besonders in der Konservenindustrie, so daß der Gesamtbedarf immer noch größer ist als die bisherige Leistungsfähigkeit der deutschen Industrie. Aber diese bemüht sich, wie gesagt, mit Erfolg, den Wegfall der englischen Einfuhr auszugleichen. Leider befindet sich die deutsche Weißblechindustrie insofern in einer unvorteilhaften Lage, als in Deutschland nicht genug Zinn gewonnen wird, um den Eigenbedarf zu decken. Die deutsche Zinngewinnung betrug im Jahre 1913 nur 13 000 t, der deutsche Zinnverbrauch dagegen 22 000 t. Dieses Mißverhältnis wird natürlich durch den Wegfall der Einfuhr von Weißblech und die Erzeugung des gesamten Bedarfs im eigenen Lande noch größer. Hier gilt es, neue Bezugsmöglichkeiten zu erschließen, wofür weiter unten noch Anregungen gegeben werden sollen.

Auf andern Gebieten, z. B. im Bau von Verbrennungsmaschinen, Schreibmaschinen, Rechenmaschinen, ist der Wettbewerb mit dem Auslande bereits vor dem Krieg erfolgreich aufgenommen worden. Auch der deutsche Schiffbau hat sich in den letzten Jahren vielversprechend entwickelt, und manche Erfahrungen des Krieges dürften den Anstoß dazu geben, daß der deutsche Schiffbau künftig nicht bloß den Bedarf des eigenen Landes an Kriegs- und Handelsschiffen decken, sondern sich auch im Ausland Absatz verschaffen wird.

Zum Nutzen des Wettbewerbes der deutschen Industrie mit der ausländischen, insbesondere der englischen und amerikanischen, darf hier ein Umstand nicht unerwähnt bleiben: Es zeigt sich öfter, daß deutsche Industrieerzeugnisse, insbesondere Maschinen, zwar dort bevorzugt werden, wo man etwas besonders Gutes haben will, und wo der Preis eine geringere Rolle spielt als beste Beschaffenheit. Von deutschen Maschinen heißt es heute nicht mehr wie früher: billig und schlecht, sondern: gut, aber teuer. Im Interesse einer Steigerung des Absatzes, auch im Inlande, scheint es notwendig, daß die deutsche Industrie noch mehr als bisher ihr Augenmerk auch darauf richtet, billiger herzustellen, selbstverständlich bei gleicher Güte. Das ist gewiß nicht leicht, scheint aber auch keineswegs unmöglich; denn die amerikanische Industrie bringt es fertig. Amerikanische Maschinen, Geräte, Kraftwagen sind im allgemeinen den deutschen wohl gleichwertig, dabei aber oft nicht unerheblich billiger, und das, obgleich die Arbeitskräfte in Amerika erheblich teurer sind als in Deutschland. Die Arbeitskosten spielen aber bei den meisten Erzeugnissen der Maschinenindustrie eine größere Rolle als die Werkstoffkosten, die allerdings in Amerika vielfach niedriger sind als in Deutschland. Das Geheimnis der billigeren amerikanischen Maschinen, Kraft-

wagen und mancher andrer Industrieerzeugnisse liegt in der Fabrikationsweise. Die Amerikaner arbeiten mehr in Reihen- und Massenherstellung und haben die Normalisierung von Maschinen und Maschinenteilen bereits erheblich weiter getrieben als die deutsche Industrie. Doch diese Dinge sind anderswo oft genug im einzelnen behandelt worden und brauchen hier nur angedeutet zu werden. Nur darauf sei hingewiesen, daß gerade die jetzige stille Zeit vielen Betrieben Gelegenheit bietet, ihre Fabrikation in dem angedeuteten Sinne zu vervollkommen und ihre Konstruktionen zu vereinheitlichen und damit zu verbilligen.

Betrachten wir jetzt die Zahlentafel 3, die verschiedene Industrien betrifft, so liegen die Verhältnisse hier zum Teil ähnlich wie in der Maschinen-, Eisen- und Metallindustrie. Auch die hier aufgeführten Industrieerzeugnisse können in Deutschland ebensogut wie im Auslande hergestellt werden, was ja auch durch die Ausfuhrziffern bewiesen wird. Den Ausfuhrziffern stehen aber hier an einigen Stellen sogar noch beträchtlichere Einfuhrziffern gegenüber als in der Zahlentafel 2. Es erscheint wiederum als eine jetzt in Angriff zu nehmende Aufgabe der deutschen Industrie, diese Einfuhr auszuschalten und selbst den Bedarf unsres Landes zu decken. Im Vordergrund stehen hier die verschiedenen Erzeugnisse der Textilindustrie, ferner Papier-, Kautschuk-, Leder-, Holzwaren. Ganz besondere Beachtung verdienen die Baumwoll-, Woll- und Seidenwaren, in denen die deutsche Ausfuhr in den letzten Jahren sogar zurückgegangen, also anscheinend die deutsche Industrie vor der ausländischen zurückgewichen ist.

Auch in der Glas- und Tonwarenindustrie ist in den letzten Jahren die deutsche Ausfuhr nicht wesentlich gesteigert worden. In der Glaswaren-, insbesondere in der Spiegelglasindustrie, kommt noch hinzu, daß diese Industrie sogar im Inlande zum größten Teil in ausländischen Händen ist. Die hier im Inlande bestehenden Fabriken sind größtenteils mit ausländischem Gelde begründet worden oder sind Tochtergesellschaften ausländischer, besonders französischer und belgischer Firmen.

Als weitere Erzeugnisse, die bisher aus dem Auslande nach Deutschland eingeführt oder hier von ausländischen Firmen hergestellt und vertrieben wurden, und deren Wettbewerb, obgleich zahlenmäßig weniger in die Augen fallend, von der deutschen Industrie doch recht unangenehm empfunden wird, können noch folgende genannt werden: Dampfkessel, Ventilatoren, Feuerlöcher, Hebezeuge, Asbestfabrikate, Zündschnüre, Lacke, Sanitätsartikel, Werkzeuge, Stahl (diese Gegenstände wurden meist aus England eingeführt oder für englische Rechnung in Deutschland hergestellt und vertrieben), ferner feine Gewebe, Putzwaren, Riechstoffe (aus Frankreich) und Seife (aus Frankreich und England).

Wie schon betont, handelt es sich bei dieser beträchtlichen Einfuhr industrieller Erzeugnisse fast niemals um Dinge, die in Deutschland nicht ebensogut und preiswert hergestellt werden könnten. Die Einfuhr vieler ausländischer Erzeugnisse erklärt sich vielmehr teils durch die spätere Entwicklung der deutschen Industrie, teils durch eine althergebrachte Vorliebe der Deutschen für alles Fremde. Diese Vorliebe hat geradezu groteske Vorkommnisse veranlaßt. Nicht bloß sind zahlreiche deutsche Erzeugnisse von deutschen Fabrikanten und Händlern, besonders von letzteren, für ausländische ausgegeben

und dem deutschen Publikum als ausländische Waren verkauft worden, nein, ausländische Fabrikanten haben bekanntlich vielfach deutsche Fabrikate in Deutschland aufgekauft, haben sie nach dem Ausland gebracht, haben ihnen dort ein ausländisches Äußere gegeben, sie dann wieder nach Deutschland eingeführt und als echt ausländische Erzeugnisse an deutsche Händler und an das deutsche Publikum verkauft. So haben englische Häuser in den kleinen Fabrikstädten des Erzgebirges und Böhmens große Mengen von Handschuhen aus deutschen Stoffen und nach deutschem Arbeitsverfahren herstellen lassen, haben sie wagenweise nach England gebracht, dort lediglich mit einer englischen Fabrikmarke versehen und dann als echt englische Handschuhe nach dem Auslande und nicht zum wenigsten wieder nach Deutschland verkauft. Ebenso haben es die Engländer mit Tuchstoffen gemacht, die sie in großen Mengen in der Niederlausitz aufkauften. Auch die Franzosen haben sich die Vorliebe der Deutschen für das Ausländische zunutze gemacht. Französische Fabrikanten kauften in Sebnitz Blätter und Blumen für Putz Zwecke und verkauften sie als „Pariser Neuheiten“ an Berliner Geschäfte. Und wie manches deutsche Kleid ist als „echt Pariser Modell“ von deutschen Frauen gekauft und als besonders „chik“ gepriesen worden. Es liegt auf der Hand, daß durch solche Machenschaften, durch das überflüssige Hin- und Herbefördern der Waren, durch Zölle, durch den Zwischengewinn der ausländischen Händler, sowohl der deutsche Fabrikant, der zu niedrige Preise erhielt, als auch das deutsche Publikum, das zu hohe Preise bezahlte, geschädigt worden sind.

Die deutsche Industrie darf sich nun nicht weiter damit begnügen, ebenso gute Waren herzustellen wie die ausländische und alles übrige dem Handel zu überlassen, der natürlich die Ware bevorzugt, an der er am meisten verdient, oder die er mit geringster Mühe absetzt — und das war bisher eben vielfach die ausländische —, sondern die Industrie muß sich selbst an das Publikum wenden, muß es aufklären, in welcher Weise es bisher, allerdings aus Anlaß seiner eigenen unnatürlichen Vorliebe, getäuscht und geschädigt worden ist (sehr wirksam werden Beispiele wie die obigen sein), und muß dem Publikum beweisen, daß die deutschen Erzeugnisse jeden Vergleich mit den ausländischen aushalten. Solche Aufklärungsarbeit wird der Handel kaum leisten, sondern sie ist Sache der erzeugenden Industrie selbst. Man verlasse sich auch nicht darauf, daß diese Aufklärung und eine besondere Werbetätigkeit für deutsche Industrieerzeugnisse an Stelle ausländischer jetzt nicht mehr nötig seien, weil das Publikum nun wohl von seiner Vorliebe für das Ausländische ein für allemal geheilt sei. Das wird von vielen Kennern der deutschen Volksseele — nicht zuletzt auf Grund der nach 1870/71 gemachten Erfahrungen — bezweifelt. Mancher glaubt, daß diese Selbstbesinnung wieder nur solange anhalten werde, wie der Krieg dauert. Nicht zweifelhaft aber ist es, daß die Zeit für eine wirksame Aufklärung und Gewinnung des Publikums jetzt oder ein wenig später sehr günstig ist. Man soll das Eisen schmieden, solange es warm ist.

Endlich haben auch die noch mehrfach in Deutschland gebräuchlichen englischen Maßeinheiten, z. B. im Schiffbau und im Holzgewerbe, der englischen Geschäftstätigkeit Vorschub geleistet. Es liegt kein zwingender Grund vor, daß deutsche Gewerbe noch weiter nach englischen Maßen rechnen.

Überall, wo das bisher geschehen ist, sollte man jetzt, noch während des Krieges, dagegen auftreten.

Unsre bisherigen Ausführungen bezogen sich auf die Einfuhr von fertigen Industrieerzeugnissen und ihre künftige Herstellung im Inlande. Die Hauptrolle in der deutschen Einfuhr spielen aber Rohstoffe, die teils von der deutschen Industrie weiterverarbeitet werden, teils von der Landwirtschaft, z. B. zur Düngung, gebraucht werden. Bei einer Gesamteinfuhr von rd. 11 Milliarden M im Jahre 1913 kamen rd. 5 Milliarden M oder rd. 46,5 vH auf Rohstoffe. Unter diesen Rohstoffen finden sich nun neben Naturerzeugnissen wie Wolle, Baumwolle, Seide auch verschiedene Kunsterzeugnisse wie Kunstseide, Anilin, Ammoniak, Holzgeist, Schwefelsäure, ferner Naturerzeugnisse, die künstlich herstellbar sind, wie Kampfer und Düngemittel. Die genannten Kunsterzeugnisse werden heute schon in Deutschland in beträchtlicher Menge hergestellt und auch ausgeführt. Hier gilt es also nur noch, den Inlandmarkt vollständig zu erobern und die Ausfuhr zu steigern. Auch der künstliche Kampfer wird von der deutschen chemischen Industrie bereits in fast vollkommener Weise synthetisch hergestellt. Wenn trotzdem bisher noch beträchtliche Mengen natürlichen Kampfers eingeführt wurden (hauptsächlich aus Japan), so ist das wohl nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß in Deutschland für Arzneien noch der natürliche Kampfer vorgeschrieben ist. Die Industrie bemüht sich deshalb jetzt darum, daß die Regierung auch für Arzneien den synthetischen Kampfer zuläßt, was z. B. in England schon seit Jahren der Fall ist.

Noch nicht ganz so günstig liegen die Verhältnisse bei dem Ersatz der eingeführten Düngemittel. Zwar für die phosphorsäurehaltigen Düngemittel bietet die deutsche Industrie einen mehr als ausreichenden Ersatz in der bei der Stahlerzeugung als Nebenerzeugnis gewonnenen Thomasschlacke, von der sogar bereits mehr ausgeführt wird, als an Phosphat-Düngemitteln eingeführt wird. Und auch der Chilesalpeter, von dem für 179 Mill. M eingeführt werden, kann durch Ammoniak, das bei der Kokserzeugung und neuerdings auch synthetisch aus Stickstoff und Wasserstoff gewonnen wird, sowie durch den nach verschiedenen Verfahren aus der atmosphärischen Luft gewonnenen und in Düngemittel übergeführten Stickstoff bereits gleichwertig ersetzt werden. Aber diese Ersatzmittel konnten bisher noch nicht in solcher Menge und so preiswert hergestellt werden, daß sie das Naturerzeugnis zu verdrängen vermochten. Es ist jedoch zu erwarten, daß die Erzeugungsverfahren unter dem Zwange der jetzigen Verhältnisse so weit gefördert werden, daß Deutschland auch auf diesem Gebiet bald vom Ausland unabhängig wird und, anstatt das natürliche Erzeugnis in großen Mengen einzuführen, künftig entsprechende Kunsterzeugnisse in noch größerer Menge ausführt.

Große Anstrengungen sind auch bereits darauf verwendet worden, und sollten jetzt erst recht darauf verwendet werden, Kautschuk künstlich herzustellen. Denn der Wettbedarf an Kautschuk beträgt jährlich für rd. 1 Milliarde M, und dieser Verbrauch würde bei der ausgedehnten Verwendbarkeit des Kautschuks noch erheblich steigen, wenn der Preis fallen würde, was nach den bisherigen Erfahrungen auf ähnlichen Gebieten vom künstlichen Kautschuk wohl zu erwarten wäre. Die deutsche Einfuhr von Kautschuk beträgt fast 200 Mill. M. Die industrielle Herstellung künstlichen Kautschuks würde also ganz besonders lohnend sein, abgesehen davon, daß



die deutsche Kautschuk verarbeitende Industrie vom Ausland unabhängig würde, zumal die Abhängigkeit jetzt recht unangenehm empfunden wird. Eine künstliche Kautschukindustrie würde vielleicht sogar umgekehrt das Ausland von uns abhängig machen, ähnlich wie z. B. in der Farbenindustrie.

Sehr vorteilhaft für die deutsche Volkswirtschaft und für die Unabhängigkeit der deutschen Industrie wäre es auch, wenn es gelänge, für die in großer Menge eingeführten Webstoffe wie Baumwolle, Wolle, Jute (Gesamteinfuhr fast 1,5 Milliarden M) wenigstens teilweise einen Ersatz zu finden, der in Zeiten wie den jetzigen genügen würde, den dringendsten Bedarf zu decken. Macht sich doch z. B. der Mangel an Jute zur Herstellung von Säcken für Kunstdünger, Zucker u. dergl. jetzt recht empfindlich bemerkbar. Bestrebungen, einen solchen Ersatz zu schaffen, sind schon längere Zeit im Gange. So hat man besonders versucht, aus Nesselpflanzen, die auch in Deutschland in größerem Umfang angebaut werden könnten, durch chemische und mechanische Einwirkungen brauchbare Gespinnstfasern zu erhalten. Nach dem Fachblatt „Österreichs Wollen- und Leinenindustrie“ soll das der Firma Fischel & Pick in Neumünster-Gadeland (Holstein) neuerdings gelungen sein. Die Faser soll, rein oder mit Wolle vermischt, zur Herstellung von Web- und Wirkwaren verschiedener Art wie Wäsche, Trikotwaren, Strümpfe, Kleidungsstücke u. dergl. geeignet sein. Diese Bestrebungen erscheinen also durchaus aussichtsreich. Es erscheint auch denkbar, daß es gelingt, auf rein künstlichem Weg oder unter Zuhilfenahme natürlicher Rohstoffe einen Faden für Gewebe zu erzeugen, ähnlich wie ja die Kunstseide auf rein chemisch-mechanischem Wege hergestellt wird. Als Ersatz für Jute wird auch die Textilose, eine Verbindung von Baumwoll- und Papierfaser, bereits verwandt.

Auch die Herstellung synthetischen Zuckers, nicht bloß eines süßenden Zuckerersatzes wie des Sacharins, sowie künstlichen Alkohols wären Aufgaben, die die chemische Wissenschaft und Industrie reizen könnten. Denn durch die fabrikmäßige künstliche Herstellung dieser Stoffe würden große Flächen unsres Landes, die jetzt mit Zuckerrüben und Kartoffeln bebaut sind, für den Anbau von Getreide oder Gespinnstpflanzen frei werden.

Schließlich sei noch die deutsche Nahrungsmittelindustrie auf die Herstellung von Marmeladen hingewiesen, die in Deutschland weder bereits in genügendem Maße zur Nahrung dienen noch ausreichend hergestellt werden. Dagegen führt Deutschland große Mengen von Zucker aus (jährlich für rd. 130 Mill. M), und zwar hauptsächlich nach England, wo dieser Zucker mit Früchten zu Marmeladen verarbeitet wird, die dann zum Teil wieder nach Deutschland eingeführt werden. Ähnlich verhält es sich mit Schokolade und andern Zuckerwaren. Deutschland führt also ein halbfertiges Erzeugnis aus — denn als ein solches hat Zucker hier zu gelten —, um zum Teil daraus hergestellte Fertigwaren wieder einzuführen, ein volkswirtschaftlich für Deutschland unerwünschter Vorgang. Man sollte also in Deutschland eine möglichst große Marmeladen-, Schokoladen- und Zuckerwarenindustrie zu schaffen und gleichzeitig durch Werbetätigkeit und Aufklärung (nämlich darüber, daß diese Dinge gute Nahrungsmittel sind) einen größeren Verbrauch zu schaffen suchen.

Für alle diese Arbeiten ist kaum eine günstigere Zeit denkbar als die jetzige, wo die Fabriken und wissenschaftlichen Versuchsanstalten nicht bloß Zeit haben, die notwendigen Arbeiten und Versuche vorzunehmen, sondern wo auch die Absatzverhältnisse die denkbar günstigsten sind oder doch bald nach Beendigung des Krieges sein werden. Es wäre eine Überraschung für unsre Feinde, wenn es der deutschen Industrie und Wissenschaft gelänge, noch während des Krieges technische Fortschritte zu erzielen, die nach dem Kriege verschiedenen feindlichen, insbesondere englischen Industrien ebenso gefährlich werden würden wie die deutsche Kunstfarbenindustrie der französischen Krapp- und der englisch-indischen Indigoindustrie, und die künftig die deutsche Volkswirtschaft unabhängig von der Einfuhr, wohl gar umgekehrt das Ausland in hohem Grade, mehr noch als jetzt schon, abhängig von Deutschland machten. Das wäre nicht bloß ein wirtschaftlicher, sondern ebenso sehr auch ein politischer Vorteil, indem sich die abhängigen Länder künftig nicht mehr so leicht zu einem Krieg mit Deutschland entschließen würden.

Soviel über die Gewinnung des Inlandmarktes als die nächste Aufgabe der deutschen Industrie. Was weiter die Neuorientierung in der Ausfuhr betrifft, auf die wir schon mit Rücksicht auf die Übervölkerung unsres Landes ja nicht ohne Schaden verzichten können, so muß die deutsche Industrie noch viel mehr als bisher sogenannte Qualitätsindustrie werden und sich auf noch mehr Gebieten als bisher eben durch Qualitätsarbeit eine Monopolstellung erringen, die sie z. B. heute bereits in der Farbenindustrie, zum Teil auch in der elektrotechnischen, der Instrumenten- und der chemischen Industrie einnimmt. Die hochwertigen, schwer herzustellenden Waren dieser Industrien können unsre Feinde zum Teil schon jetzt im Kriege nicht entbehren und werden sie nachher erst recht nicht missen mögen. Und wenn wir oben ausführten, daß unsre Feinde auch nach Friedensschluß noch die deutschen Waren meiden würden, wo sie immer könnten, so werden sie das gegenüber unsern hochwertigen Sondererzeugnissen, die es anderswo in gleicher Güte einfach nicht gibt, eben nicht können oder werden es trotz aller Feindschaft nicht wollen. Denn kultivierte Menschen haben in der Regel eine unüberwindliche Abneigung gegen minderwertige Waren, nachdem sie bessere kennen gelernt haben.

Auch wird es unsern Feinden nirgends weniger gelingen, die deutsche Ausfuhr dauernd zu schädigen, als bei hochwertigen Waren, in denen die deutsche Industrie anderen Industrien überlegen ist. Daß diese Überlegenheit unter den ungewöhnlichen und schwierigen Verhältnissen des Krieges von unsern Feinden noch erreicht werden wird, ist sehr unwahrscheinlich. In diesen Waren dürfte die Ausfuhr nach dem Kriege bald in unverminderter Stärke wieder aufgenommen werden können. Ein Volk, das hochwertige Waren ausführt, braucht auch nicht zu fürchten, daß seine Absatzgebiete durch Zollschranken verschlossen werden. Denn hochwertige Waren übersteigen auch die höchsten Zollschranken, einmal weil man sie nicht entbehren kann und mag, wie bereits ausgeführt, zum andern weil bei ihnen der Gewinn in der Regel so groß ist, daß er auch hohe Zölle trägt.

Auch die fortschreitende Industrialisierung der Welt vermag den Absatz hochwertiger Waren nicht einzudämmen. Denn jedes Volk, das sich der Industrie zuwendet — mit der Zeit wird das mehr oder weniger ja bei allen

Völkern des Erdballes geschehen —, fängt natürlich mit den einfacheren Industrien an und braucht viele Jahrzehnte, ehe es etwa den Stand erreicht, den heute die deutsche Industrie hat. In diesen Jahrzehnten ist aber die deutsche Industrie, wenn sie ihren Vorwärtsdrang behält, schon wieder auf einer viel höheren Stufe angelangt, so daß ihre Erzeugnisse immer noch überlegen, im Vergleich zu der fremden Industrie immer noch Qualitätsware sind.

Eine Industrie, die hochwertige Waren erzeugt, hat sogar ein Interesse daran, daß immer mehr Völker industriell werden. Denn die Erfahrung zeigt, daß der Bedarf eines Volkes an Industrieerzeugnissen, und zwar an besseren, in dem Maße steigt, wie es selber industriell wird. Das beweist am schlagendsten das Beispiel Japans. Die Einfuhr von Europa nach Japan hatte, bevor dieses Land eine eigene Industrie besaß, einen Wert von 50 Mill. M jährlich; heute, wo Japan sogar schon Kriegsschiffe baut, hat diese Einfuhr einen Wert von 300 Mill. M. Die Einfuhr von Maschinen nach Japan hatte in den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts einen Wert von 3 Mill. M jährlich, heute von 70 Mill. M. Das neue industrielle Japan ist also für Europa ein weit besserer Abnehmer, und zwar besonders industrieller Erzeugnisse, als das alte nichtindustrielle. In gleichem Sinne sind überall nicht die Länder mit keiner oder geringer Industrie die besten Abnehmer von Industrieerzeugnissen, sondern umgekehrt die hochindustriellen Länder. Nicht das große, agrarische Rußland kauft die meisten Industrieerzeugnisse, sondern das viel kleinere, hochindustrielle England; ebenso kauft das große, agrarische Brasilien weniger als das kleinere, aber mehr industrielle Argentinien, das kleine, hochindustrielle Belgien ungleich mehr als das größere, wenig industrielle Spanien. Um es auch durch Zahlen zu erhärten: die Gesamteinfuhr auf den Kopf der Bevölkerung beträgt in Rußland 21, Spanien 40, Brasilien 52, Argentinien 220, Großbritannien 300, Belgien 500 M. Wenn auch bei den großen Zahlen für Belgien, Großbritannien und wohl auch Argentinien der Durchgangverkehr eine Rolle spielt, so geht daraus doch die ungleich größere Aufnahmefähigkeit der industriellen Länder gegenüber den weniger industriellen Ländern unzweifelhaft hervor. Diese größere Aufnahmefähigkeit rührt übrigens nicht bloß daher, daß industrielle Länder mehr und teurere Maschinen, Werkzeuge, halbfertige Waren u. dergl. nötig haben, sondern auch daher, daß sie in der Regel überhaupt wohlhabender sind und auf allen Gebieten bessere, teurere Waren kaufen, z. B. bessere Kleiderstoffe, bessere Möbel und sonstige Gebrauchsgegenstände, mit einem Wort mehr Qualitätswaren.

Deshalb hat Deutschland, so widersinnig es auf den ersten Blick scheinen mag, kein so großes Interesse daran, fremden Völkern, Chinesen, Türken, Russen, Bulgaren usw., billige Massenware zu verkaufen, z. B. billige Baumwollgewebe, wofür es selbst den Rohstoff einführen muß, als vielmehr daran, daß diese Völker sich selbst eine Industrie schaffen und ihre einfachsten Bedürfnisse selbst befriedigen, z. B. selber billige Gewebe herstellen, selber ihre Landeserzeugnisse in Brauereien, Brennereien, Zucker- und Olfabriken verarbeiten, selber Ziegel für ihren Hausbau herstellen, vorausgesetzt allerdings, daß dann die hierzu nötigen Maschinen, Einrichtungen und Werkzeuge sowie feinere Industrieerzeugnisse in die betreffenden Länder eingeführt

werden, womöglich natürlich aus Deutschland. Und es muß als eine Aufgabe der deutschen Industrie und Bankwelt bezeichnet werden, die Entstehung einfacher Industrien in fremden Ländern zu fördern, in erster Linie natürlich in solchen, die für die deutsche Ausfuhr günstig liegen, worüber gleich Näheres ausgeführt werden soll. Das Land, das in einem andern durch ideelle, finanzielle und andre Hülfe die ersten Industrien ins Leben ruft, hat in der Regel den Vorteil, nicht bloß die ersten Lieferungen zu erhalten, sondern auch bei allen folgenden bevorzugt zu werden, wie die deutsche Industrie im Wettbewerb mit der englischen oft genug zu ihrem Leidwesen erfahren hat.

Gerade für Deutschland hat die immer stärkere Einstellung seiner Industrie auf die Erzeugung hochwertiger Waren besondere Vorteile. Bei diesen ist nämlich in der Regel der Anteil der Arbeit erheblich größer als der Materialanteil. So sind die Materialkosten einer modernen schnellaufenden elektrischen Maschine, eines Dieselmotors, eines Gewehres, eines kunstvollen Gewebes oder einer Taschenuhr im Vergleich zu der darin steckenden Arbeit sehr viel kleiner als bei roh gearbeiteten billigen Maschinen, Geweben usw. Es können also mit hochwertigen Erzeugnissen weit mehr und höher stehende Arbeitskräfte beschäftigt werden als mit billigen, rohen Erzeugnissen, während andererseits der Rohstoffbedarf geringer ist. Deutschland aber hat ja gerade Überfluß an Arbeitskräften und Mangel an Rohstoffen, abgesehen von Eisen und Kohle. Die sogenannte Qualitätsindustrie kommt also mit ihrem Verhältnis zwischen Arbeit und Stoffen gerade den natürlichen Verhältnissen Deutschlands entgegen. Übrigens tut sie das auch noch in andrer Hinsicht: die Qualitätsindustrie erfordert Gewissenhaftigkeit, Beharrlichkeit, Hingabefähigkeit und Wissenschaftlichkeit. Und diese Eigenschaften sind vielleicht bei keinem Volke mehr ausgeprägt als bei dem deutschen, wie auch der gegenwärtige Krieg erkennen läßt.

Zum Schluß noch einige kurze Winke für die Neuorientierung der deutschen Ausfuhr wie des deutschen Außenhandels überhaupt in geographischer Hinsicht.

Wir führten oben bereits aus, daß eine Ausfuhr nach den jetzt mit uns Krieg führenden Staaten und ihren Kolonien auch in den ersten Jahren nach Beendigung des Krieges auf große Schwierigkeiten stoßen wird. Wenn man bedenkt, daß unsre Ausfuhr nach diesen Ländern etwa 40 vH unsrer Gesamtausfuhr betrug, so leuchtet ein, daß wir diesen Ausfuhrbetrag nur zum Teil durch vermehrten Inlandabsatz ersetzen können, abgesehen davon, daß Deutschland bisher gewöhnlich etwa  $\frac{1}{5}$  seiner Bevölkerung durch Ausfuhr von Industrieerzeugnissen oder eine dieser entsprechende Einfuhr von Nahrungsmitteln ernähren mußte. Und Deutschlands Wohlstand kann im wesentlichen nur durch eine immer wachsende Ausfuhr gesteigert werden. Auf jeden Fall muß sich also ein Teil der Ausfuhr, die bisher nach den Gebieten unsrer Feinde ging, in den ersten Jahren nach dem Krieg andre Absatzgebiete suchen. Damit aber in einem etwaigen künftigen Kriege die deutsche Ausfuhr — und auch die Einfuhr — nicht wieder im gleichen Maße bedroht ist wie jetzt, muß die deutsche Aus- und Einfuhr möglichst nach solchen Gebieten gelenkt werden, die auch auf dem Landwege erreichbar sind. Da ist nun in den letzten Jahren schon öfter darauf hingewiesen worden, daß Deutschland sein Augenmerk

sowohl politisch als auch wirtschaftlich nach dem Südosten richten solle, auf jene zusammenhängende, südöstlich gerichtete Länderkette, die mit Österreich-Ungarn beginnt und über die Balkan-Halbinsel und Kleinasien bis zum Persischen Meerbusen und zum Roten Meere reicht. In der Tat scheinen auch die jetzigen politischen Vorgänge nach dieser Richtung zu weisen.

Zunächst wird allgemein, und wohl mit gutem Grund, erwartet, daß die jetzigen Ereignisse ein auch wirtschaftlich innigeres Verhältnis, vielleicht eine Zollgemeinschaft, zwischen dem Deutschen Reich und Österreich-Ungarn zeitigen werden. Dadurch würde sich zu allererst der deutschen Industrie ein sehr aufnahmefähiges Absatzgebiet in Österreich und Ungarn erschließen, die beide nicht reich genug an Kohlen und Eisen sind, um selbst den eigenen Bedarf an Maschinen, Farbstoffen und andern chemischen Erzeugnissen aus der Kohle zu decken. Der Reichtum Österreich-Ungarns an landwirtschaftlichen Erzeugnissen deutet vielmehr auf die Entwicklung einer hiermit zusammenhängenden Industrie: Nahrungsmittelindustrie, Brauereien, Brennereien, Spinnereien, Webereien, Holzverarbeitende Industrie. Die stärkere Entwicklung dieser Industrien in Österreich-Ungarn würde für Deutschland einen steigenden Absatz an den dafür erforderlichen Maschinen, Einrichtungen und Hülfswaren, insbesondere chemischen Erzeugnissen, bedeuten. Schon heute ist Österreich-Ungarn nach Großbritannien unser bester Abnehmer.

Aber selbst wenn Österreich-Ungarn nicht viel mehr als bisher als Abnehmer deutscher Industrierzeugnisse in Betracht käme, so läßt sich die deutsche Ausfuhr nach den Balkanländern und nach der Türkei noch ganz gewaltig steigern; denn in der Ausfuhr nach diesen Ländern steht Deutschland hinter den andern Industrieländern, insbesondere hinter England, Österreich-Ungarn, Frankreich, Italien, fast überall zurück, in der Türkei sogar erst an fünfter Stelle; nur in Rumänien nimmt Deutschland die erste Stelle ein. Hier ist also noch Raum für einen kräftigen Wettbewerb. Weiter sind die Balkanländer und die Türkei noch sehr entwicklungsfähig, und die Ausfuhr dahin kann noch stark gesteigert werden. Die gesamte Einfuhr<sup>1)</sup> folgender Länder: Bulgarien, Griechenland mit Kreta, Montenegro, Serbien, Rumänien, Türkei, Persien, aus Deutschland hatte im Jahre 1913 nur einen Wert von rd. 320 Mill. M, d. i. bei einer Gesamtbevölkerung von etwa 46 Mill. Einwohnern nur 7 M auf den Kopf; und die Einfuhr der Türkei aus Deutschland machte hierbei nur rd. 100 Mill. M aus, oder bei 20 Mill. Einwohnern nur 5 M auf den Kopf, während uns vergleichsweise Chile für fast 40 M und Argentinien für fast 50 M, also rd. zehnmal soviel, auf den Kopf ihrer Bevölkerung abkaufen. Hier, in den sogenannten Levanteländern, die wirtschaftliche Entwicklung und damit die Aufnahmefähigkeit für Industrierzeugnisse zu steigern, sollte sich Deutschland in erster Linie angelegen sein lassen. Die politische Lage ist dafür günstig.

Zuerst wären diese Länder wohl durch Eisenbahnen noch mehr als bisher zu erschließen, womit Deutschland ja in Kleinasien bereits begonnen

---

1) Wir stützen unsre folgenden Ausführungen auf das von Davis Trietsch herausgegebene Levante-Handbuch, das wertvolle statistische und andre Angaben über die politischen, wirtschaftlichen und Bevölkerungsverhältnisse aller sogenannten Levanteländer enthält. (Vergl. die Buchbesprechung auf S. 80.)

hat. Diese Eisenbahnen würden der deutschen Industrie auch insofern zugute kommen, als dafür Schienen, Eisenkonstruktionen, Lokomotiven, Wagen, Maschinen usw. gebraucht würden. Dann wären die natürlichen Industrien dieser Länder zu entwickeln, d. h. die Gewinnung von Bodenschätzen wie Kohlen, Mineralien, Rohöl, die besonders in den Balkanländern Rumänien, Serbien, Griechenland und in Kleinasien vorkommen; ferner die Industrien, die sich auf landwirtschaftlichen Erzeugnissen aufbauen: Zuckerfabriken, Brauereien, Brennereien, Mühlen, Gerbereien, Ölfabriken usw.; der Anbau von Baumwolle, der z. B. in Mesopotamien nach Einrichtung von Bewässerungsanlagen ebenso gut oder noch besser als in Ägypten betrieben werden könnte, die Seidenzucht, wofür besonders Syrien, Arabien und Persien geeignet sind, wären zu fördern. Auf diese Weise würden wir viele derjenigen Rohstoffe, die wir bisher aus Übersee erhielten, und die uns jetzt fehlen, z. B. Baumwolle, Wolle, Kupfer, Rohöl, künftig auf dem Landwege erhalten können und würden uns gleichzeitig ein Absatzgebiet für unsre Maschinen und andre Industrieerzeugnisse offen halten, wobei wir nochmals daran erinnern möchten, daß der Absatz von hochwertigen Industrieerzeugnissen nach einem Lande erfahrungsgemäß um so größer ist, je mehr dieses Land industrialisiert wird. Wir führten oben dafür besonders das Beispiel Japans an und möchten hier einmal Mesopotamien und Ägypten vergleichen, die sich geographisch in mancher Hinsicht ähneln. Beide Länder sind Stromgebiete, und wie Ägypten seine Fruchtbarkeit fast nur der künstlichen Bewässerung verdankt, so war Mesopotamien früher, als es ebenfalls künstliche Bewässerung hatte, eines der fruchtbarsten und reichsten Länder der Erde und dürfte das nach Wiedereinführung künstlicher Bewässerung abermals werden. Das durch Bewässerung kulturfähig zu machende Land dürfte im Gebiet des Euphrat und Tigris kaum viel kleiner sein als im Nilgebiet. Wie Ägypten soll auch Mesopotamien vorzüglich geeignet sein für den Anbau von Baumwolle und Getreide. Die Einfuhr nach und die Ausfuhr aus Mesopotamien ist nun heute kaum nennenswert; die Gesamteinfuhr nach Ägypten hatte dagegen nach Trietschs Levante-Handbuch in den letzten Jahren durchschnittlich einen Wert von mehr als 500 Mill. M oder von etwa 45 M auf den Kopf der Bevölkerung (11,3 Mill.), die Ausfuhr aus Ägypten — fast nur Baumwolle — einen Wert von mehr als 600 Mill. M, während 20 Jahre früher die Einfuhr einen Wert von nur etwa 160 Mill. M, also noch nicht den vierten Teil, und die Ausfuhr einen Wert von etwa 280 Mill. M. hatte. Diese Entwicklung Ägyptens vermag einen Begriff davon zu geben, was aus Mesopotamien, wie auch andern Ländern der Levante, durch geeignete Maßnahmen werden kann, und was diese Länder unter Umständen für das deutsche Wirtschaftsleben bedeuten können.

Nach der politischen Entwicklung, wie sie sich jetzt anzubahnen scheint, braucht übrigens Deutschland auch nicht mehr auf Betätigung in Persien, Syrien und Arabien zu verzichten und diese Länder ohne weiteres Rußland, England und Frankreich zur wirtschaftlichen Erschließung und Ausbeutung zu überlassen.

Außer dieser südöstlichen Ländergruppe werden natürlich auch künftig diejenigen Länder in erster Linie zu beachten sein, die heute neutral sind und es wohl auch in späteren Fällen immer sein werden: die Niederlande, die skandinavischen Länder, die Schweiz, Italien.

Wenn wir hier dafür eingetreten sind, daß sich die deutsche Industrie möglichst derart orientieren soll, daß sie ihre Rohstoffe und Halbwaren aus solchen Ländern bezieht und ihre Fertigerzeugnisse nach solchen Ländern ausführt, mit denen ihr der Verkehr auch im Kriege nicht gesperrt werden kann, so soll damit keineswegs einer Einschränkung der Ausfuhr nach den bisherigen Absatzgebieten das Wort geredet werden. Nein, mag die deutsche Industrie nach dem Krieg auch wieder die Ausfuhr nach den bisherigen Absatzgebieten pflegen, soweit das möglich ist; nur das scheint uns wünschenswert, daß man künftig die Hauptanstrengungen auf eine Erweiterung der Ausfuhr nicht mehr nach den jetzt gesperrten Ländern, sondern nach dem oben gekennzeichneten Gebieten richtet.

---

## **DIE STAATLICHEN MASZNAHMEN FÜR DIE KRIEGSBEREITSCHAFT DES DEUTSCHEN WIRTSCHAFTSLEBENS.**

Von J. MENDEL.

Schluß von S. 34.

Was den Handel und Verkehr mit dem Auslande betrifft, so waren infolge des Kriegszustandes sofort die Handelsverträge mit den gegen das Deutsche Reich Krieg führenden Staaten aufgehoben worden. Sämtliche deutschen Zugeständnisse über Zollbehandlung der Erzeugnisse der feindlichen Staaten verloren damit ihre Gültigkeit. Die Boden- und Gewerbeerzeugnisse aller fremden Staaten einschließlich ihrer Kolonien waren von jetzt an unter Ausschluß der Meistbegünstigung den Sätzen des allgemeinen deutschen Zolltarifs zu unterwerfen. Am 10. August wurden die entsprechenden Bekanntmachungen über das Außerkrafttreten von Handelsverträgen und über die Handelsbeziehungen zum Britischen Reich, das mit seinen Besitzungen und Kolonien autonom gewährte Zollbegünstigungen genoß, erlassen. Immerhin waren hier gewisse Ausnahmen erforderlich, so für Warenbestände, die beim Kriegsausbruch noch unverzollt in deutschen Zollausschlußgebieten (Freihäfen), in Freibezirken und inländischen Zollägern vorhanden waren. Hätte man diese Ausnahmen nicht zugelassen, so wären inländische Besitzer, die die Ware für eigene Rechnung erworben und eingelagert hatten, empfindlich geschädigt worden. Die Abhängigkeit Deutschlands von zahlreichen ausländischen Erzeugnissen war durch vorübergehende Einfuhrerleichterungen weniger scharf zu gestalten, um so mehr, als es darauf ankam, große Mengen dieser Waren zur Versorgung des deutschen Bedarfes heranzuziehen. Durch das Gesetz über vorübergehende Einfuhrerleichterungen vom 4. August wurde der Bundesrat ermächtigt, während der Kriegsdauer Getreide, Reis, Hülsenfrüchte, Kartoffeln, Rüben, Grün- und Raufutter, Vieh, Fleisch,

Fische, Fette zum Genusse, Käse, Eier, Müllereierzeugnisse, Mineralöle usw. zollfrei zu lassen, soweit sich die Waren beim Inkrafttreten dieses Gesetzes nicht in deutschen Zollausschlußgebieten, Freibezirken oder Zollagern befanden. Ebenso erhielt der Bundesrat gleichzeitig die Ermächtigung, während der Kriegsdauer gesetzliche Verbote und Einschränkungen der Einfuhr solcher Waren ganz oder zum Teil außer Kraft zu setzen. Von dieser Ermächtigung hat der Bundesrat in einer Bekanntmachung sofort Gebrauch gemacht und eine große Anzahl der unter obigen Begriff fallenden Waren vom Zoll befreit. Besondere Erleichterungen wurden für die Einfuhr von Fleisch (Milderung der Vorschriften über die Schlachtvieh- und Fleischbeschau) und für die Einfuhr von Wiederkäuern und Schweinen für die Dauer der Mobilmachung geschaffen. Ebenso wurde für verdorbene Waren, die zur Verwendung als Viehfutter dienen, Zollbefreiung ausgesprochen. Um die Nachfrage nach inländischer Malz- und Futtergerste abzuschwächen, wurde Zollerlaß für Gerstenmalz gewährt.

Mit Rücksicht auf die heimische Versorgung, noch mehr aber auf den Bedarf der Heeresverwaltung wurden durch kaiserliche Verordnung unter Zustimmung des Bundesrates mit Beginn des Krieges eine Anzahl Aus- und Durchfuhrverbote erlassen. Verboten wurde die Ausfuhr von Tieren, tierischen Erzeugnissen, Verpflegungs-, Streu- und Futtermitteln, von Kraftfahrzeugen, Mineralrohölen, Steinkohlenteer und allen daraus hergestellten Ölen, ferner die Ausfuhr und Durchfuhr von Waffen, Geschossen, Pulver, Sprengstoffen und sonstigen Gegenständen des Kriegsbedarfes, von Eisenbahnmaterial, Telegraphen- und Fernsprengerät, von Luftschiffergerät und Fahrzeugen, ferner von Rohstoffen für den Kriegsbedarf, Verband-, Arzneimitteln und ärztlichen Geräten.

Diese nicht geringen Beschränkungen des Handels und der gewerblichen Erzeugung gaben zu zahlreichen Wünschen und Anträgen auf Beseitigung oder Milderung der Verbote Anlaß. So weit wie möglich ist die Regierung den Wünschen entgegengekommen und hat zwischen den Erfordernissen zum Schutz des Heeres und Landes und den Interessen des Ausfuhrhandels einen gerechten Ausgleich geschaffen. Für eine Reihe gewerblicher Gruppen sind, im Einvernehmen mit den beteiligten Kreisen, Körperschaften für die Prüfung der Gesuche eingesetzt worden, so in der chemischen Industrie, der Papierindustrie, der Kautschukindustrie, Zucker-, Eisen- und Stahlindustrie, der Maschinenindustrie und der Gießerei, weiter für die Wollindustrie, einzelne Zweige der Textilindustrie und der Lederindustrie.

Der innere Verkehr, besonders der Eisenbahnverkehr, ist durch die militärische Inanspruchnahme der Eisenbahn in den ersten Wochen des Krieges ganz erheblich eingeschränkt worden, so daß Lieferfristen, die für den regelmäßigen Betrieb galten, nicht eingehalten werden konnten. Um für die Anordnungen der Eisenbahnverwaltung eine rechtliche Grundlage zu schaffen, ist eine vorübergehende Änderung der Bestimmungen der Eisenbahnverkehrsordnungen notwendig gewesen. Andererseits wurden für eine bessere Verteilung der Getreide- und Kartoffelernte, zur besseren Verwertung der Kartoffelernte und zur Erleichterung der Kohlenversorgung wichtige Ausnahmetarife, sogenannte Notstandstarife, eingeführt. Auch sonst hat die Eisenbahn Ver-



kehrserleichterungen (frachtfreie Beförderung von Liebesgaben zur Linderung des Notstandes in Ostpreußen und Elsaß-Lothringen, Erlaß des Lager- oder Warenstandgeldes und der Lagergebühren für die während der Mobilmachung unterwegs angehaltenen Güter) nach Möglichkeit gewährt. Die Reichspost hat die im Verkehr mit dem neutralen Ausland eingetretenen Beschränkungen, soweit es die Verhältnisse gestatteten, wieder aufgehoben und den zur Förderung der Handels- und Gewerbetätigkeit erforderlichen Paketverkehr nach einer großen Zahl von Ländern wieder eingerichtet.

Von ganz besonderer Wichtigkeit ist die Aufrechterhaltung und Sicherstellung der Volksernährung, ebenso die Versorgung der Heeresverwaltung und in zweiter Linie des Handels und der Industrie mit notwendigen und unentbehrlichen Rohstoffen. In früheren Ausführungen<sup>2)</sup> sind wir auf die Rohstoffversorgung Deutschlands und der andern Länder bereits eingegangen. Für die Brotversorgung ist eine sogenannte Streckung des Getreidevorrates durch eine Anzahl wichtiger Bestimmungen erforderlich geworden. Unsere Ernte deckt den heimischen Bedarf an Roggen, Hafer und Kartoffeln, während an Weizen 2 Mill. t und an Gerste etwa 3 Mill. t fehlen. Um die Ernährung der deutschen Bevölkerung auf längere Zeit hinaus unbedingt zu sichern, hat man eine Reihe ineinandergreifender Maßnahmen getroffen. Zunächst hat man den Betrieb der Brennereien wesentlich eingeschränkt. Die zur Alkoholerzeugung verwendeten Rohstoffmengen machen bei den Kartoffeln im Durchschnitt der letzten fünf Jahre  $5\frac{1}{2}$  vH, beim Getreide 1913  $2\frac{1}{2}$  vH der gesamten Ernte aus. Infolge der Einschränkung werden 160 000 t Roggen und rd. 1 Mill. t Kartoffeln für die menschliche Ernährung mehr zur Verfügung stehen. Weit einschneidender ist die Maßnahme, wonach die Verfütterung von mahlfähigem Roggen (bisher  $\frac{1}{4}$  des deutschen Roggenvorrats) mit nur ganz geringen Ausnahmen und von Weizen, auch von verschrotetem, sowie von Roggen- und Weizenmehl, das zur Brotbereitung geeignet ist, verboten und unter Strafe gestellt wird. Um die Durchführbarkeit dieses Verbotes zu erleichtern, hat man für Ersatzfuttermittel wie Kleie und Gerste angemessene Höchstpreise festgesetzt. Weiter befördern das Sparen durch bessere Ausnutzung des Brotgetreides die Bestimmungen über das Ausmahlen von Brotgetreide. Roggen muß mindestens bis zu 72 vH, Weizen bis zu 75 vH durchgemahlen werden, wobei es leistungsfähigen Mühlen überlassen bleibt, noch größere Mahlmengen auszumahlen. Um den Mangel an Weizen gleichmäßig zu verteilen, müssen dem in den Verkehr gebrachten Weizenbrot wenigstens 10 vH Roggenmehl, dem in den Verkehr gebrachten Roggenbrot mindestens 5 Gewichtsteile Kartoffelflocken, Kartoffelwalmehl oder Kartoffelstärkemehl oder 20 Gewichtsteile gequetschte oder geriebene Kartoffeln zugesetzt sein<sup>3)</sup>. Mit den Bestimmungen des Brotverkehrs hängt

---

<sup>2)</sup> T. u. W. November- und Dezemberheft 1914.

<sup>3)</sup> Die betreffenden Bestimmungen sind Anfang Januar noch weiter verschärft worden. So ist Roggen bis zu 82 vH, Weizen bis 80 vH durchzumahlen. Weizenmehl darf nur in Mischung mit 30 vH Roggenmehl abgegeben werden. Die Backvorschriften sind verschärft, u. a. der Bäckereibetrieb zeitlich wesentlich eingeschränkt worden.

die Verfügung über die Regelung des Absatzes von Erzeugnissen der Kartoffeltrocknerei in einer besonderen Organisation, der Trockenkartoffelverwertungsgesellschaft m. b. H. Berlin, zusammen, die, abgesehen von der Herstellung von Erzeugnissen zur Viehfütterung, durch Weiterverarbeitung wertvolle Nahrungsmittel wie die erwähnten Kartoffelflocken und Kartoffelwalzmehl herstellen soll. Im Zusammenhang mit der Nahrungsmittel- und Futtermittelversorgung stehen Bestrebungen, die Moor- und Heideflächen für die Lieferung von Nahrungs- und Futtermitteln, und zwar unter Zusammenfassung der Beteiligten zu Genossenschaften oder Zwangsgenossenschaften, nutzbar zu machen.

Die mit dem Kriegsausbruch einsetzende Knappheit an Futtermitteln beeinflusste zunächst besonders die Schweinehaltung und brachte ein ungewöhnlich starkes Angebot von schlachtreifen und nicht schlachtreifen Schweinen bei entsprechendem Sinken der Preise auf den Markt, was mit bedenklichen Folgen für die künftige Fleischversorgung verknüpft erschien. Ebenso wurde Rindvieh, das besser zur Zucht geeignet war, abgeschlachtet. Dieser Vergeudung des Viehbestandes hat ein zeitweiliges Verbot des vorzeitigen Schlachtens von Vieh erfolgreich entgegengewirkt. Um die Fleischvorräte sicher zu stellen, hat vor kurzem der Bundesrat den Städten und größeren Landgemeinden die Verpflichtung auferlegt, zur Versorgung der Bevölkerung mit Fleisch einen Vorrat an Dauerwaren zu beschaffen und ihre Aufbewahrung sicher zu stellen. Zur Erfüllung dieser Verpflichtung kann der Gemeinde oder einem Dritten das Eigentum an Schweinen übertragen werden. Zu einer privatwirtschaftlich und volkswirtschaftlich zweckmäßigen Futtermittelwirtschaft ist die landwirtschaftliche Bevölkerung angeleitet worden. Deutschland führt in wachsenden Mengen ausländische Futterstoffe, Futtergerste, Ölkuchen u. a. ein, deren Einfuhr mit Kriegsausbruch so gut wie unterbunden war, so daß eine glücklicherweise reichliche Grünfütter- und Heuernte als Ersatz herangezogen werden mußte, auf deren sorgsamste Ausnutzung und sparsamste Verwendung hinzuweisen war.

Überfluß hat Deutschland an Rübenzucker. Unter gewöhnlichen Verhältnissen geht von seiner Jahreserzeugung annähernd die Hälfte ins Ausland, und zwar in erster Linie nach Großbritannien<sup>4)</sup>. Zu Beginn des Krieges wurde ein Ausfuhrverbot für Zucker erlassen, wodurch die Zuckerindustrie, die rübenbauende Landwirtschaft und der Zuckerhandel gleich schwer betroffen worden sind. Die Maßnahmen sind durch die am 31. Oktober erlassene Bekanntmachung über die Regelung des Verkehres mit Zucker und der Verwertung der Zuckergewinnung im Betriebsjahre 1914/15 etwas gemildert worden. Von der neuen Zuckerernte werden zunächst nur 25 vH in den freien Verkehr abgelassen, der Überschuß wird unter steuerlicher Sperre gehalten, damit einer plötzlichen Überschwemmung des Inlandmarktes bei grundsätzlicher Aufrechterhaltung des Ausfuhrverbots vorgebeugt ist. Weiterhin hat man die Preise durch Einführung von Mindestpreisen (Rohzucker 9,50 M für 1 Zentner) geregelt, um einen Ausgleich zwischen den Interessen

---

<sup>4)</sup> Siehe T. u. W. S. 22.

der Zuckererzeuger und der Zuckerverbraucher zu schaffen. Für die Festsetzung des Preises für Verbrauchzucker wurde neben der Steuer die übliche Spannung zwischen Rohzucker und Verbrauchzucker berücksichtigt. Ebenso wurden Maßnahmen erlassen, um die bisherigen Verträge über Roh- und Verbrauchzucker und die bestehenden Abnahmeverpflichtungen zu regeln.

Als Grundlage für die Beurteilung der Versorgung der Bevölkerung und des Viehstandes mit Nahrungs- und Futtermitteln ist eine statistische Erhebung der Vorräte an Getreide und Erzeugnissen der Getreidemüllerei und an sonstigen Vorräten bei den landwirtschaftlichen, gewerblichen und Handelsbetrieben angeordnet worden, wie auch die übliche kleine Viehzählung vorgenommen werden wird, wenn auch mit einigen Vereinfachungen im Hinblick auf die Kriegslage.

Im engen Zusammenhang mit der Versorgung steht die Preisfrage. Um einer übermäßigen Steigerung der Preise für Gegenstände des täglichen Bedarfes während der Kriegszeit entgegenzuwirken, hatte schon das Gesetz über Höchstpreise vom 4. August vorgesehen, daß für die Dauer des Krieges die Landeszentralbehörden oder die von diesen bestimmten Behörden für solche Gegenstände, insbesondere für Nahrungs- und Futtermittel aller Art, wie rohe Naturerzeugnisse, Leuchtstoffe usw. Höchstpreise bestimmen müssen. Auf Grund dieser Gesetze sind in den ersten Wochen nach dem Kriegsausbruch an vielen Orten Höchstpreise im Kleinhandel mit Erfolg festgesetzt worden. Im Großhandel, vornehmlich für Getreide, ist eine Regelung der Preise erst Ende Oktober gelungen. Für Roggen nahm man eine Handelsware mittlerer Güte von 70 kg/hl als Grundlage an und gewährte für bessere Sorten einen Zuschlag von 1,50 M für jedes Kilogramm Mehrgewicht; für Weizen wurde eine Handelsware von 75 kg/hl als normal angenommen und hierfür der Preis unter Zulassung von Zuschlägen für bessere Sorten festgesetzt. Gerste mit 68 kg/hl und weniger Gewicht wurde als Futtergerste angesehen und mit einem Höchstpreis belegt. Für Berlin wurde der Roggenpreis von 220 M/t für angemessen erachtet, obwohl hier bereits Preise von 237 M/t vorher bezahlt worden waren. Daraus berechnet sich ungefähr ein Weizenhöchstpreis von 260 M/t, da der Weizenpreis durchschnittlich in den letzten fünf Jahren  $40\frac{1}{2}$  M/t über dem Roggenpreis gestanden hat. Wie für Berlin wurden auch für die übrigen Hauptmärkte Höchstpreise festgesetzt, für Roggen zwischen 209 und 237 M/t. Die Unterschiede erklären sich durch die Eisenbahnfrachten und dadurch, daß die einzelnen Gebiete vorzugsweise Getreide anbauen oder verbrauchen. Um das Verbot für Roggenverfütterung leichter durchführen zu können, mußte man den Preis für hochwertige deutsche Gerste wesentlich unter den Roggenpreis drücken, also um etwa 13 bis 15 M/t in den Gerste erzeugenden und etwa 10 M/t in den Gerste verfütternden Landesteilen. Durch den Roggenpreis von 220 M/t ergab sich ein Kleiepreis von 130 M/t, da dieser nach der allgemeinen Regel etwa bis zwei Drittel des Roggenpreises beträgt. Um Landwirte, Müller und Händler, soweit sie über Lagerräume verfügen, zum Halten der Vorräte zu veranlassen und dafür Sorge zu tragen, daß gerade für die letzten Monate des Erntejahres 1914/15 dem Markt ausreichende Mengen zugeführt werden, sind vom Sommer ab monatliche Preiszuschläge von 3 M/t für Getreide vorgesehen worden. Dieser

Preiszuschlag deckt nicht nur die Lagerverluste, Schwund, Versicherungskosten, Zinszahlung, sondern schließt darüber noch einen Gewinn ein. Für Hafer wurde endlich Anfang November ein Höchstpreis von 212 M/t festgesetzt.

Auch für andere wichtige Lebens- und Gebrauchsmittel hat man Großhandels-Höchstpreise festgesetzt, so für Kartoffeln, Kupfer, Messing, Aluminium, Antimon, Nickel, schwefelsaures Ammoniak, Wolle. Für Petroleum sind mit maßgebenden Großhandelsfirmen auf Grund der vor dem Kriegsausbruch geltenden und während des Krieges nicht wesentlich erhöhten Großhandelspreise Verständigungen erzielt worden, die es bis auf weiteres ermöglichen, ohne Feststellung eines Höchstpreises für den Großhandel die Kleinhandelspreise entsprechend den vor Kriegsausbruch herrschenden festzulegen und einen Höchstsatz von 25 Pf/ltr für Petroleum im Kleinhandel festzusetzen.

Die Preisregelung und die mit ihr Hand in Hand gehenden Maßnahmen, den Absatz in geregelte Bahnen zu lenken, haben wohl bis vor kurzem am tiefsten in die privatwirtschaftlichen Verhältnisse eingegriffen. Sie haben, wie es bei einer erstmaligen Regelung ganz neuartiger Aufgaben kaum anders erwartet werden konnte, mancherlei Widerspruch erfahren. Bei den Kartoffeln hat man z. B. den Höchstpreis schon für die erste Hand, d. h. den Landwirt, festgesetzt, aber trotzdem haben viele Landleute Ware zurückgehalten, obwohl sie durch Lagern nicht besser, sondern schlechter wird. Andererseits darf die Spannung zwischen dem Höchstpreis, den die Landwirtschaft erhält, und dem Preis, den der Verbraucher zahlt, nicht zu groß werden, und so müßten dann auch noch Höchstpreise für den Handel festgelegt werden. Bei den Höchstpreisen für Getreide wurde bemängelt, daß schon der Landwirt den höchsten Preis zu erzielen strebt, mithin ein Verdienst des Handels ausgeschlossen und dieser damit ausgeschaltet würde, was zu großen Unzuträglichkeiten im Getreideumsatz führen muß, diesen überhaupt ins Stocken bringt und namentlich für die Gegenden, in denen der Mehlverbrauch größer ist als die Getreideerzeugung, die also Getreide beziehen und Transportkosten tragen müssen, außerordentliche Schädigungen nach sich zieht. Man hat daher empfohlen, unter Berücksichtigung der Entfernungen für jede Gegend einen Höchstpreis festzusetzen, zu dem der Erzeuger sein Getreide verkaufen darf, und zwar ebenfalls einen doppelten Höchstpreis (für Landwirt und Großhandel), auch die Kleinhandelspreise festzulegen.

So schätzenswert sich auch die Festsetzung der Höchstpreise erwiesen hat, um den Brotwucher zu unterbinden, so wenig hat diese Maßnahme allein ausgereicht, um eine Sparung der Getreide- und Mehlvorräte herbeizuführen. Die gleichzeitig erlassenen Verbote der Verfütterung von Brotgetreide sind ebensowenig voll beachtet, wie die Mahnungen zum Sparen des Brotes z. B. in Gasthäusern gänzlich berücksichtigt worden sind. So hat der Bundesrat, da er zu dem Mittel einer außerordentlichen Erhöhung der Brotgetreidepreise nicht schreiten wollte, die Maßnahme einer unmittelbaren Regelung des Verbrauchs von Getreide und Mehl durch eine Reichsverteilstelle ergriffen. Der Verteilstelle fällt die Aufgabe zu, mit Hilfe der kurz vorher begründeten Kriegsgetreide-Gesellschaft für die Verteilung der vorhandenen Vorräte über das Reich für die Zeit bis zur nächsten Ernte zu sorgen. Zu diesem Zweck

ist vom 1. Februar ab eine Beschlagnahme der im Reich vorhandenen Vorräte von Weizen und Roggen, sowie von Weizen-, Roggen-, Hafer- und Gerstenmehl unter gewissen Ausnahmen der einen Doppelzentner nicht übersteigenden Vorräte angeordnet worden. Gleichzeitig hat man die Anzeigepflicht für sämtliche im Privatbesitz vorhandenen Vorräte eingeführt.

Zu den wirtschaftlichen Maßnahmen gehört nicht in letzter Linie die Befriedigung des Heeresbedarfes, vor allem an Getreide, Mehl und Vieh, die in Friedenszeiten die Proviantämter in freihändigem Ankauf besorgen, für die aber im Krieg eine einheitliche Organisation in einer Zentralstelle zur Beschaffung der Heeresverpflegung geschaffen wurde. Der Geschäftsgang wurde so geregelt, daß die Heeresverwaltung ihren Monatsbedarf an Getreide, Mehl, Heu, Stroh und lebendem Vieh der Zentralstelle anmeldete und diese die Lieferung auf die Bezirke der landwirtschaftlichen Organisation verteilte, und zwar auf Grund der monatlichen Vorratsermittlungen der unteren Verwaltungsbehörden, deren Ergebnisse der Zentralstelle durch die Landwirtschaftskammern übermittelt wurden. Die Preisgrenzen wurden jeden halben Monat gemeldet und festgestellt. Die den einzelnen Bezirken überwiesenen Aufträge wurden durch die Genossenschaften und Landwirte des Bezirks erledigt, was innerhalb einer bestimmten Frist geschehen mußte. Um die für das Feldheer erforderlichen Tabakfabrikate auf die etwa 2000 deutschen Tabakfabriken zweckmäßig zu verteilen, hat sich die Deutsche Zentrale für Kriegslieferung von Tabakfabrikaten in Minden (Westfalen) gebildet.

Eine große Anzahl wichtiger Rohstoffe für die Verteidigung des Landes, insbesondere bei längerer Kriegsdauer, werden nicht oder nur zum Teil in Deutschland gewonnen. Daher hat sich eine *Kriegsrohstoffabteilung* im Kriegsministerium gebildet mit der Aufgabe, die Bewirtschaftung der Rohstoffe im Interesse der Heeresverwaltung zu übernehmen, zu sichern und zu regeln. Im Anschluß daran sind dann durch freien Zusammenschluß des Handels und der Erzeuger besondere Kriegsbedarfsgesellschaften ins Leben gerufen worden, so die Kriegsmetallgesellschaft, die Kriegswollbedarfsgesellschaft, die Kriegsleddergesellschaft, die Kriegskemikaliengesellschaft, ebenso eine Kammwollgesellschaft und ein Jutekontor<sup>5)</sup>. Damit ist für wichtige Rohstoffe unter Beteiligung der gesamten Industrie und des gesamten Handels eine umfassende Organisation geschaffen worden. In Hamburg hat sich unter Leitung der Hamburg-Amerika-Linie durch ihren Generaldirektor eine Reichseinkaufsgesellschaft für gleiche oder ähnliche Zwecke gebildet.

Endlich sind auch zu den wirtschaftlichen Maßnahmen noch die gesamten Vergeltungsmaßregeln zu rechnen, die sich vor allem gegen England und Frankreich richten, die den Krieg auch auf rein wirtschaftliches und privatrechtliches Gebiet hinüberspielt haben und dabei Mittel anwenden, die von allem, was bisher unter kriegführenden Nationen üblich war, abweichen. Man hat im feindlichen Auslande versucht, durch rücksichtsloses Vorgehen gegen alle dem feindlichen Ausland erreichbaren deutschen Vermögenswerte Deutschland so schwer wie möglich zu schädigen. Man

---

<sup>5)</sup> Vergl. T. u. W. S. 10.

hat deutsche gewerbliche Niederlassungen, vornehmlich deutsche Banken, unter Staatsaufsicht gestellt, deren Handhabung bis zur völligen Schließung und Auflösung dieser Unternehmungen ging. England und Frankreich haben jeden geschäftlichen Verkehr mit Deutschland verboten, insbesondere jede Lieferung oder Zahlung an Deutschland unter hohe Strafen gestellt. Frankreich hat nicht nur alle seit dem Kriegsausbruch abgeschlossenen Verträge mit Deutschen für nichtig erklärt, sondern auch für frühere Verträge eine gerichtliche Nichtigkeitserklärung zugelassen, ferner deutsches Privateigentum mit Beschlag belegt und unter Zwangsverwaltung gestellt. Hierauf hat man mit Vergeltungsmaßnahmen geantwortet, wenn man sich auch auf deutscher Seite grundsätzlich und bewußt nutzlosen und kurzsichtigen Maßnahmen des Auslandes ferngehalten hat. Die bisherigen Maßnahmen bestehen in einer Überwachung ausländischer Unternehmungen, die vor allem darin gipfelt, daß keine Erträge dieser Unternehmungen in das feindliche Ausland ausgeführt werden. Es handelt sich bei diesen ausländischen Unternehmungen vor allem um die bekannten Auslandbanken, aber auch um sonstige Handelsgesellschaften, die in Deutschland ihre Niederlassungen haben. Das Zahlungsverbot, das Frankreich und England gegen Deutschland erlassen haben, ist mit gleich strengen Maßnahmen beantwortet worden.

Unter der regelnden Tätigkeit der Behörden, die ihre Bestimmungen aus allgemein wirtschaftlichen und militärischen Gesichtspunkten, jedoch in lebendiger Fühlung mit einsichtigen und weitblickenden Vertretern von Landwirtschaft, Industrie und Handel getroffen haben, ist das deutsche Wirtschaftsleben den gegenwärtigen Kriegsverhältnissen zum Wohle der Gesamtheit und des Vaterlandes angepaßt und, wenn auch in veränderten Bahnen fortgeführt, so doch aufrecht erhalten worden, wie ein unbefangener Blick ohne weiteres erkennen läßt. Die Sicherheit, mit der auch unter veränderten Verhältnissen in Deutschland gewirtschaftet wird, unter dem Schutze eines weise durchdachten und wohlervogenen Kreditsystems, unter dem Schutz einer sorgfältigen Sparsamkeit, gibt die Gewähr dafür, daß es gelingen wird, den großartigen wirtschaftlichen Organismus unsres Vaterlandes unangetastet zu erhalten und über die schwierigen Zeitläufte des Krieges hinwegzuführen.

---

## II. DER GELD- UND WARENMARKT.

### Die Roheisenerzeugung Deutschlands.

Die Roheisenerzeugung Deutschlands stellte sich im Oktober 1914 auf 729882 (1653051) t, im November auf 788956 (1588985) t, im Dezember auf 853881 (1609680) t. Sie blieb im Oktober um 923169 t = 55,9 vH, im November um 800029 t = 50,3 vH, im Dezember um 755799 t = 46,9 vH hinter der vorjährigen zurück. Nach dem leichten Rückgang im September hat sich die Erzeugung in den darauf folgenden Monaten wieder erheblich besser gestellt. So war die Erzeugung im November um 208869 t größer als im September und um 59074 t größer als im Oktober, die Dezembererzeugung übertraf die Septembererzeugung um rd. 304000 t. Im ganzen Jahre 1914 wurden in Deutschland 14 389 547 (19 309 172) t Roheisen erblasen, oder 4 919 625 t = 25,5 vH weniger als im Jahre 1913.

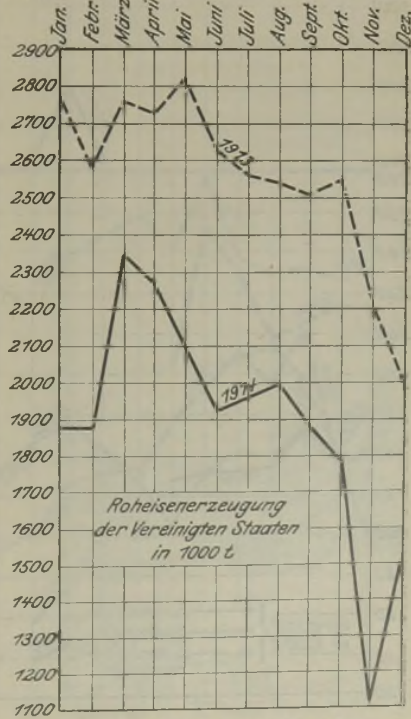
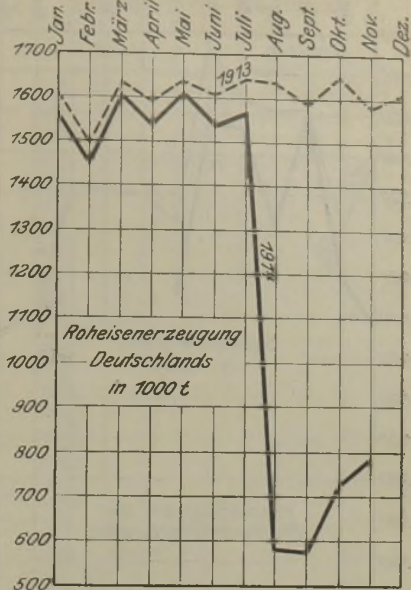
### Die Roheisenerzeugung der Vereinigten Staaten von Nordamerika.

Die Roheisenerzeugung in den Vereinigten Staaten stellte sich im September auf 1 882 000 (2 510 000) t, im Oktober auf 1 783 000 (2 546 000) t, im November auf 1 118 000 (2 234 900) t und im Dezember auf 1 516 000 (1 984 000) t. Die Erzeugung in den Monaten seit Ausbruch des Krieges ist dauernd zurückgegangen, hat sich zwar im letzten Monat des Jahres nicht unbedeutend gehoben, bleibt aber auch selbst im Dezember noch hinter der Ziffer des Vorjahres zurück. Die gesamte Roheisenerzeugung in den Vereinigten Staaten betrug im Jahre 1914 22 656 000 t gegen 30 726 000 t im Jahre 1913, oder 8 070 000 t weniger

### Der Versand des Stahlwerksverbandes.

(Vergl. das Schaubild S. 68)

Der Versand des Stahlwerksverbandes, der im August nicht bekannt gegeben wurde und im September 245 000 (520 000) t Rohstahl betrug, wird seit Oktober wieder in seinen Einzelheiten veröffentlicht. Danach stellte sich der Gesamtversand im Oktober auf 280 570 (525 000) t, im November auf 246 088 (462 195) t, im Dezember auf 268 189 (457 472) t. Während im September nur 47 vH der vorjährigen Menge versandt wurden, waren es im Oktober und November je last 53 1/2 vH, im Dezember 53,8 vH. Im einzelnen kamen zum Versand an Halbzeug im Oktober 40 023 t (157 607) t, im November 38 717 (147 194) t, im Dezember 49 893 (130 538) t, an Eisenbahnmaterial im Oktober 159 973 (239 405) t, im November 149 911 (211 321) t, im Dezember 167 877 (232 504) t, an Formeisen im Oktober 74 574 (127 879) t, im November 57 460 (103 680) t, im Dezember 50 419 (94 430) t. Am meisten hat der Versand von Halbzeug, am wenigsten der von Eisenbahnmaterial gelitten, was darin begründet ist, daß die Staatsbahnen ihre Aufträge weiter erteilt haben und jedenfalls auch an die Militärverwaltung geliefert wurde. Der Rückgang des Versandes von Formeisen von Oktober auf November und Dezember entspricht dem durch die Jahreszeit bedingten Rückgang infolge der verringerten Bautätigkeit.

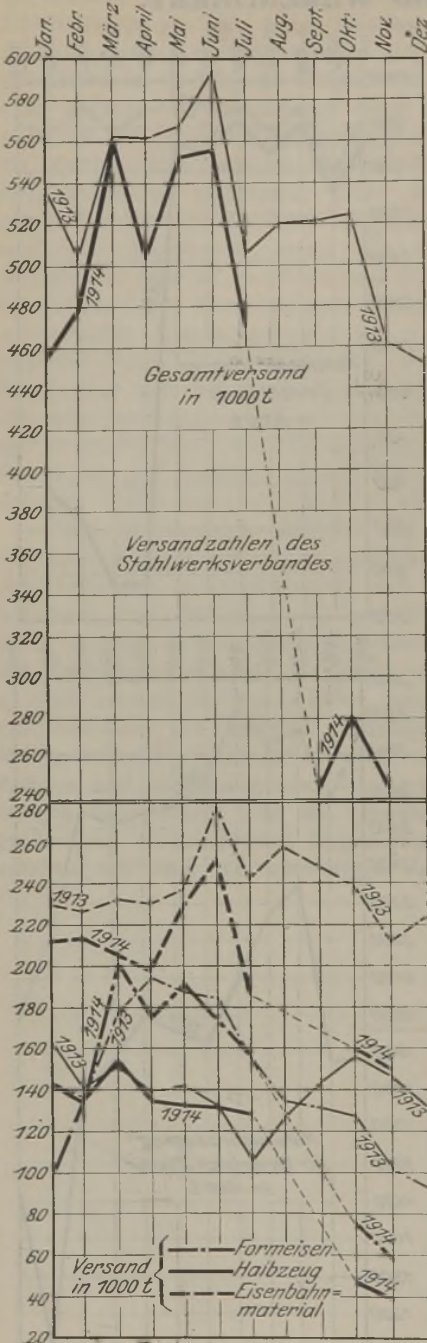


## Reichsbank, Bank von England.

Wie bisher ist von einem internationalen Geldmarkt nicht die Rede gewesen. Die Reichsbank setzte kurz vor Weihnachten ihren Diskont von 6 auf 5 vH herab, nachdem sie ihn einen Tag vor Ausbruch des Krieges, am 31. Juli, von 4 auf 5 vH und am 1. August von 5 auf 6 vH erhöht hatte. Der durchschnittliche Reichsbankdiskont stellte sich im Kriegsjahr mit 4,89 vH geringer als der des Jahres 1913 mit 5,88 vH. Auch im Jahre 1912 hatte mit 4,95 vH ein etwas höherer Durchschnittsdiskont als im Jahre 1914 bestanden. Die Herabsetzung konnte im Hinblick auf die günstigen kriegerischen Ereignisse erfolgen. Eine Befürchtung, daß sie spekulative Ausschreitungen hervorrufen könnte, war hinfällig, da die deutschen Börsen noch geschlossen sind. Ebenso war es ausgeschlossen, daß Gold aus Deutschland abfließen würde. Mit einem Diskontsatz von 5 vH hat die Reichsbank denselben Diskont wie die Bank von England und die Bank von Frankreich, während in Petersburg noch ein Diskont von 6 vH in Kraft ist.

Die Geldverhältnisse bei der Deutschen Reichsbank haben sich in den letzten Monaten weiter erfreulich entwickelt, vor allem ist es, wenn auch in etwas verlangsamtem Schritt, gelungen, den Goldbestand weiter zu kräftigen, so daß er schon Anfang Dezember die zweite Milliarde überschritt. Der Metallbestand ist von 1921 (in den beiden Vorjahren 1482 bzw. 1119) Mill. M am 7. November ununterbrochen auf 2130 (1447 bzw. 1037) Mill. M Ende Dezember gestiegen. Der Goldbestand betrug Ende des Jahres 2093 (1170) Mill. M, ist also heute fast doppelt so hoch wie im Vorjahre. Das Wechselkonto zeigt eine nicht unerhebliche Steigerung. Einem niedrigsten Stande von 2643 (945 bzw. 1402) Mill. M in der ersten Novemberwoche entspricht ein höchster Stand von 3937 (1491 bzw. 2062) Mill. M Ende Dezember. Im Gegensatz zu den Vorjahren ist das Wechselkonto der Reichsbank in der letzten Dezemberwoche des Jahres 1914 verhältnismäßig weniger beansprucht worden, freilich hat das Konto in den letzten beiden Monaten um nicht weniger als 1300 Mill. M zugenommen. Der Notenumlauf, der Ende Oktober etwa 4200 Mill. M betrug, sank bis zum 23. November auf 4009 (1837 bzw. 1796) Mill. M, stieg dann aber bis zum Jahresende auf 5046 (2593 bzw. 2519) Mill. M. Mit diesem Betrag ist der höchste Notenumlauf, den die Reichsbank je gehabt hat, erreicht worden. Diesem Notenumlauf stehen jedoch, wie erwähnt, 2093 Mill. M Gold gegenüber, so daß der Goldbestand Ende des Jahres 41,5 vH des Notenumlaufes gegen 45,1 vH Ende 1913, 30,8 vH Ende 1912 und 32,3 vH Ende 1911 deckte. Trotz der Kriegszeit steht die Reichsbank mit alleiniger Ausnahme des Vorjahres wesentlich besser gerüstet als in den vorangegangenen Jahren da. Die sogenannte Bardeckung der Noten, d. h. durch Gold, Silber und Kassenscheine, betrug Ende Dezember 59,5 vH gegen 57,6 vH Ende 1913. Die täglich fälligen Verbindlichkeiten betragen in der ersten Novemberwoche 1282 (623 bzw. 652) Mill. M. Sie stiegen bis zum 23. Dezember auf 2054 (743 bzw. 718) Mill. M und sanken Ende des Jahres auf 1757 (793 bzw. 746) Mill. M. Der Abrechnungsverkehr der Reichsbank stellte sich vom August bis Dezember folgendermaßen:

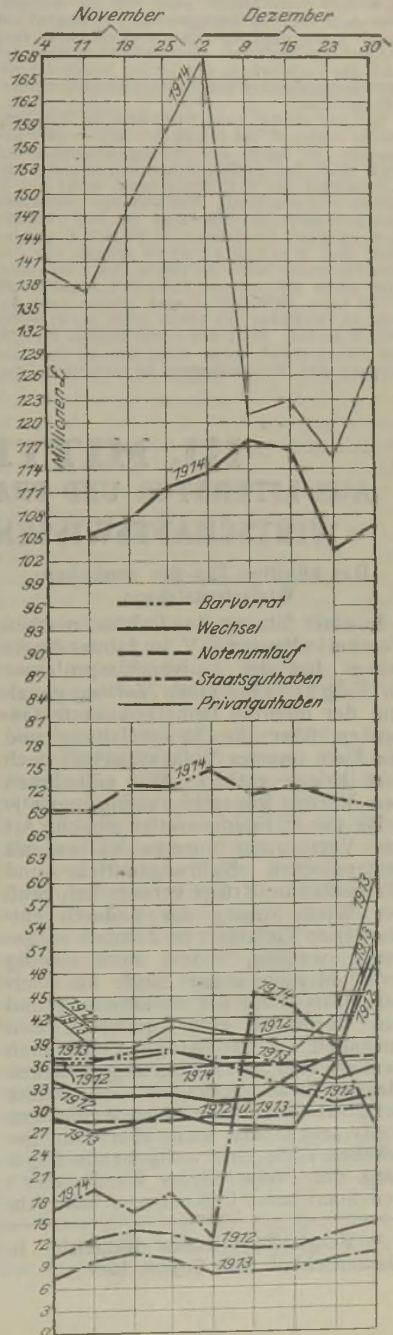
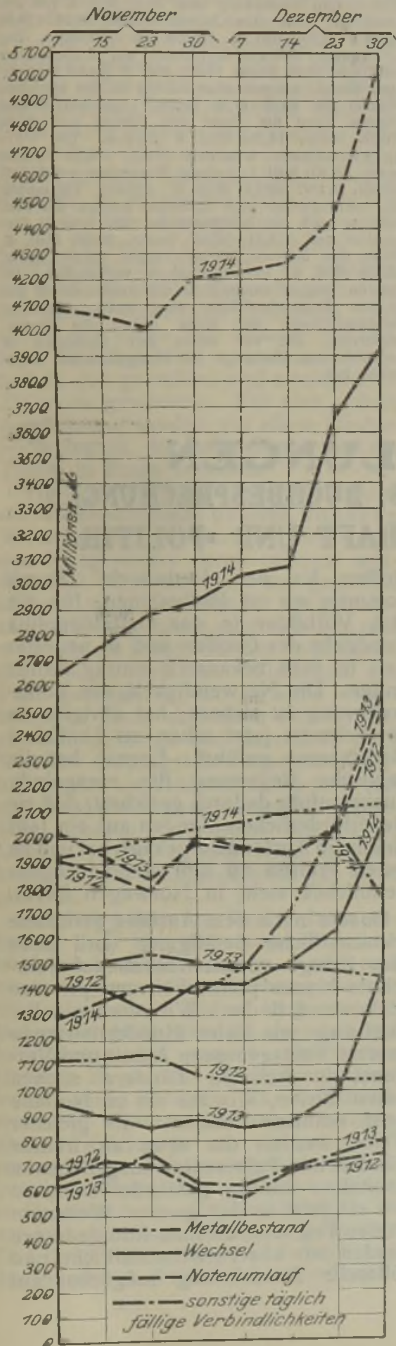
|                 | 1914    | 1913    |
|-----------------|---------|---------|
|                 | Mill. M | Mill. M |
| August . . .    | 2938    | 5219    |
| September . . . | 3212    | 5903    |
| Oktober . . .   | 4473    | 6925    |
| November . . .  | 4427    | 5582    |
| Dezember . . .  | 4474    | 6623    |





Deutsche Reichsbank.

Bank von England.



Im gesamten Jahre 1914 erreichte der Abrechnungsverkehr der Reichsbank eine Höhe von 66 645 Mill. M gegen 73 534 Mill. M im Vorjahr, d. h. 6,89 Milliarden M oder 9,37 vH weniger. Nachdem der Abrechnungsverkehr im August um 58 vH hinter dem Juli und um 44 vH hinter dem August des Vorjahres zurückgeblieben war, hat sich das Verhältnis in den letzten beiden Jahresmonaten gegenüber den Vorjahrsmonaten wesentlich gebessert.

Bei der Bank von England ist der Barvorrat während des Novembers noch weiter gestiegen. Er stellte sich Anfang November auf 69,47 (36,77 bezw. 36,55) Mill. £ und erreichte am 2. Dezember mit 74,45 (36,62 bezw. 36,41) Mill. £ seinen höchsten Stand. Während des Dezembers hat sich dann der Barvorrat um fast 5 Mill. £, d. h. auf 69,49 (34,98 bezw. 31,30) Mill. £ gemindert. Die Wechselanlagen stiegen von Anfang November bis in die zweite Dezemberwoche von 104,91 (29,03 bezw. 33,91) Mill. £ auf 117,60 (27,94 bezw. 30,99) Mill. £ und gingen dann bis zum 23. Dezember auf 103,29 (35,93 bezw. 36,78) Mill. £ zurück. Ende des Jahres stellten sie sich auf 106,24 (52,14 bezw. 49,63) Mill. £. Die Bewegung des Wechselkontos ist derjenigen der

Vorjahre vollkommen entgegengesetzt. Der Notenumlauf zeigt verhältnismäßig geringe Schwankungen. Er bewegt sich zwischen 35,31 Mill. £ (18. November) und 36,22 Mill. £ (23. Dezember). Ende des Jahres waren 36,14 (29,61 bezw. 29,20) Mill. £ Noten im Umlauf. Die Staatsguthaben erreichten am 2. Dezember mit 12,58 (7,76 bezw. 11,88) Mill. £ ihren niedrigsten Stand, stiegen aber bereits in der nächsten Woche auf 45,00 (7,89 bezw. 11,22) Mill. £ und gingen dann bis Ende des Jahres auf 26,93 (10,26 bezw. 14,16) Mill. £ zurück. Die Privatguthaben wuchsen von 140,29 (42,40 bezw. 45,30) Mill. £ Anfang November auf 167,97 (39,89 bezw. 40,54) Mill. £ Anfang Dezember an, verringerten sich indessen infolge der Einzahlung auf die Kriegsanleihe bis zum 23. Dezember auf 115,41 (42,07 bezw. 39,06) Mill. £. Ende des Jahres waren 128,06 (61,09 bezw. 52,95) Mill. £ Privatguthaben vorhanden. Im ganzen zeigen namentlich die Ausweise in der letzten Dezemberhälfte eine außerordentliche Beanspruchung der Bank durch die Staatsregierung, die vor allem ihre Guthaben in bedeutendem Umfange für Kriegszwecke abgehoben hat.

### III. MITTEILUNGEN

#### AUS LITERATUR UND PRAXIS; BUCHBESPRECHUNGEN.

#### WIRTSCHAFTSWISSENSCHAFT UND -POLITIK.

##### Das künftige Ziel des deutschen Wirtschaftslebens.

In einer Sitzung des Polytechnischen Vereins in Bayern E. V. im Januar dieses Jahres hat der Universitätsprofessor Dr. Edgar Jaffé einen Vortrag gehalten, der mehrere bemerkenswerte Gedanken über die Neugestaltung und die Ziele unserer Volkswirtschaft nach dem Kriege enthält. Wir entnehmen dem Vortrag folgende Ausführungen<sup>1)</sup>:

Da die in Friedenszeiten übliche Art der Versorgung unseres Volkes mit ausländischen Nahrungsmitteln und Rohstoffen im Kriege versagt hat, muß der Wiederholung der dadurch entstandenen Gefahren in Zukunft vorgebeugt werden, indem man ständig große Mengen dieser Stoffe als eisernen Bestand für die Verarbeitung und den Verbrauch einer gewissen Zeit aufstapelt. Diese Aufgabe, die man dem privaten, auf Gewinn angewiesenen Handel nicht übertragen kann, müßte der Staat übernehmen oder wenigstens überwachen. Das kann aber nicht geschehen ohne eine weitgehende Regelung der Preise dieser Waren durch den Staat beim Einkauf und beim Ab-

stoßen für den Verbrauch. Damit kommen wir zu Maßnahmen, für die sich Vorbilder in der Getreidepolitik Friedrichs des Großen und in neuester Zeit in dem bekannten Antrag Kanitz finden. Die Notwendigkeit, die Volksernährung zu sichern, hat übrigens in der Schweiz jetzt schon zu ähnlichen Maßnahmen geführt. Ebenso hat die englische Regierung die mangelnde Zuckerzufuhr dadurch gesichert, daß sie die erforderlichen Mengen auf ein Jahr hinaus im Ausland aufgekauft hat und zu festen Preisen an den Handel abgibt. Ähnliches steht in Norwegen bevor.

Unsere nach dem Ausland gerichtete wirtschaftliche Betätigung wird nach dem Kriege voraussichtlich auf Jahrzehnte hinaus politischen und privaten Widerstand finden. Wir werden daher nicht mehr wie bisher Hunderttausende unserer Volksgenossen Arbeit und Verdienst in fremden Ländern suchen lassen dürfen, wo wir sie im Notfalle nicht schützen können. In gleicher Weise werden die etwa an fremde Händler und Fabrikanten ausgeliehenen Kapitalien künftig gefährdet sein, so wie sie jetzt in der ganzen Welt zum großen Teil verloren sind. Infolgedessen werden wir unsere wirtschaftliche und völkische Ausdehnung möglichst auf

<sup>1)</sup> Vergl. Bayerisches Industrie- u. Gewerbeblatt vom 9. Jan. 15.

solche Länder beschränken müssen, die wir nötigenfalls mit unseren militärischen Machtmitteln erreichen können. Mit diesen Ländern zusammen müssen wir eine Art von geschlossenem Handelsstaat bilden, der sich nach Möglichkeit selbst genügt und einen großen, einheitlichen, inneren Markt darstellt. Da wir aber unseren Außenhandel nicht vermindern dürfen, um eine schädliche Auswanderung unbeschäftigter Volksmengen zu vermeiden und nach wie vor aus dem Ausland im Austausch gegen unsere Fertigerzeugnisse die unerbehrlichen Rohstoffe zu erhalten, so muß dieser in Zukunft mehr als bei seiner bisherigen planlosen Zersplitterung einen Teil unserer auswärtigen Politik bilden, um so an Sicherheit in den gewollten und erreichbaren Zielen zu gewinnen. Für eine solche Ausdehnung werden vor allem Oesterreich-Ungarn, die Balkanländer und die Türkei in Frage kommen.

Von größter Bedeutung wird dabei die Neueinstellung unseres inneren Wirtschaftslebens sein. Wir sind durch den Krieg wieder daran erinnert worden, daß Staat und Volk nur gedeihen können, wenn alle Glieder zu gemeinsamem Zweck miteinander arbeiten und wenn jedem dieser Glieder im Rahmen des Volkes und der Wirtschaft ein Platz geboten ist, wo es seine Arbeit betätigen kann, aber auch von der Gesamtheit gehalten und geschützt wird. Was hier die jüngst bewiesene Stellungnahme der sozialdemokratischen Partei und der Arbeitergewerkschaften gegenüber unseren nationalen Fragen an Gewinn neuer, innerer Kraft für uns bedeutet, läßt sich heute noch gar nicht absehen.

Der Krieg hat uns ferner daran erinnert, daß wir für unser Gedeihen allein auf unsere eigene Kraft und unsere eigenen Hilfsmittel angewiesen sind. Da unser Boden karg ist, die materiellen Hilfsmittel im eigenen Land beschränkt und unsere gesicherten Grenzen zu eng für die Masse unseres Volkes sind, bedürfen wir in Zukunft einer viel weiteren Durchorganisation unserer Kräfte, als wir sie bisher besessen haben. Weit reicher als an materiellen Mitteln sind wir nun gerade an Organisations- und Arbeitskraft. So entsteht die Frage, ob in vergangener Zeit für die Sicherung und Fortbildung des in unserem Volke steckenden Reich-

tums alles Nötige geschehen oder ob nicht manches verloren gegangen und verschwendet ist, weil uns die klare Erkenntnis des rechten Zieles unserer volkswirtschaftlichen Entwicklung gefehlt hat.

Die Grundlage, auf der unsere Wirtschaftsordnung beruht, der freie Wettbewerb, das ungehinderte Spiel der wirtschaftlichen Kräfte, mag für anders geartete Völker, weniger schwierige Zeiten und Verhältnisse passend gewesen sein. Für uns, das militärisch und wirtschaftlich am meisten gefährdete große Volk der Welt, genügt sie nicht. Denn sie ist nicht imstande, das zu erfüllen, was wir von ihr in der Zukunft verlangen müssen, nämlich die größtmögliche Leistung unserer gesamten, schon jetzt militärisch und wirtschaftlich stark angespannten Volkskräfte; sie entspricht ferner in ihrer ideologischen Begründung nicht dem innersten Wesen des deutschen Volkes. Der Grundsatz ist vor allem schon nicht in Uebereinstimmung zu bringen mit der weitgehenden Beeinflussung des Wirtschaftslebens durch den Staat, die wir nicht nur als notwendig anerkennen, sondern die — ob wir es wollen oder nicht — bereits vielfach zur Wirklichkeit geworden ist. Haben wir das erkannt, so entsteht die Aufgabe, eine neue Grundlage für unser Wirtschaftsleben zu finden.

Professor Jaffé weist darauf hin, wie vor nunmehr 100 Jahren durch die Aufhebung der aus dem Mittelalter stammenden Einrichtungen und Bindungen des Wirtschaftslebens der Erwerbtrieb auf allen Gebieten entfacht wurde, wie die neue wirtschaftliche Freiheit die schlummernden Kräfte in Wirtschaft und Technik geweckt, uns zu einem wohlhabenden Volke gemacht und neben Frankreich und England gestellt hat. Aber diese segensbringende Freiheit hat in mancher Hinsicht versagt. Auf dem reinsten Individualismus beruhend, hat sie überkommene Gemeinschaftsverbindungen aufgelöst, jeden von uns auf sich selbst gestellt und in latenten Gegensatz zu allen andern gebracht, den Starken mächtiger, den Schwachen unfähiger zum Widerstand gemacht. Und sie hat sich dabei auf die Dauer in ihrer Reinheit nicht einmal behaupten können. Ja man kann fast sagen, daß bereits bei Beginn unseres Jahrhunderts von dem Grund-

satz der wirtschaftlichen Freiheit nicht viel mehr übrig geblieben war als die äußere Schale. Als wichtiger Eingriff des Staates kam zuerst die sozialpolitische Gesetzgebung, dann die 1879 einsetzende Wendung der Zollpolitik zum Schutzzoll, weiter kamen die Organisationen der Arbeiter, die Kartelle und Syndikate, Verbraucherverbände usw. Trotz alledem wurde nach außen hin vor allem in der Rechtsordnung der Grundsatz des freien Wettbewerbes aufrecht erhalten. Das führte zu stetig wachsenden Spannungen zwischen dem neuen Inhalt und der alten Form, z. B. in den Fragen der Rechtsprechung über Koalitionsfragen, Streiks und Aussperungen. So ist es auch möglich geworden, daß wichtige Einrichtungen wie die Tarifverträge des rechtlichen Schutzes entbehren.

In diese unklaren Verhältnisse ist der Krieg wie ein reinigendes Ungewitter hineingefahren und hat unter Zurückdrängung kleinlicher Besorgnisse die Forderung gestellt, die möglichen Lösungen nur daraufhin zu betrachten, ob sie geeignet sind, unser Volk aus seinen Bedrängnissen herauszuführen. Unter eingehender Beziehung auf die Geschichte des deutschen Wirtschaftslebens, in der sich nach seiner Ansicht beim deutschen Unternehmer im Gegensatz zum englischen bereits vielfach Ansätze zur Ueberwindung des reinen Gewinnstandpunktes gezeigt haben, in der aber durch wirtschaftliche Kämpfe und Reibungen immer noch ungeheure Kräfte nutzlos verschlungen worden sind, fordert Jaffé als Grundsatz für die künftige Entwicklung: Erfüllung nationaler Aufgaben und Notwendigkeiten gegenüber der reinen Befriedigung privaten Erwerbstrebens: Wirtschaftsdienst als Staatsdienst und Volksdienst. Als bereits vorhandene Vorbilder für die neue Wirtschaftsordnung nennt er die rein staatlichen Betriebe, wie Eisenbahn- und Postverwaltung, und die Organisation der Reichsbank, die, obwohl sie eine private Erwerbsgesellschaft mit übrigens dauernd sehr guten Dividenden ist, sich auf Grund ihrer behördenartigen Organisation als sicherer Träger der wichtigsten staatlichen Aufgaben von Anbeginn ihrer Tätigkeit bis in die gewaltigen Schwierigkeiten des Weltkrieges hinein glänzend bewährt hat.

Es soll nach Jaffé nicht davon die Rede sein, die Privatunternehmung auszuschalten. Die gewaltigen Leistungen unseres Unternehmertums werden wir wie in der Vergangenheit so noch mehr in der Zukunft brauchen. Es gilt, sie zu bewahren, um sie, wie das jetzt im Kriege schon überall freiwillig geschehen ist, in den Dienst der Allgemeinheit zu stellen. Ein Ersatz der privaten Unternehmung durch die öffentliche oder halböffentliche wird nur dort nötig sein, wo die private Unternehmung gegenüber den größer werdenden Aufgaben der Allgemeinheit versagt, oder wo die wirtschaftliche Entwicklung aus sich heraus den freien Wettbewerb beseitigt und zur Monopolbildung geführt hat. Das Ausschlaggebende ist aber nicht die Aenderung der äußeren Form, sondern die Gesinnung, die ihr zugrunde liegt. Die alte, von England vor 100 Jahren übernommene, heut absterbende Wirtschaftsordnung ging auf Gewinn aus, gegebenenfalls auch ohne Rücksicht auf die Leistung; die neue, in der wir zum Teil bereits mitten drinstehen, wird auf Leistung gehen, nötigenfalls ohne Rücksicht auf Gewinn. Das, was die Zukunft von uns fordert, ist mit dem Geist der alten Ordnung nicht vereinbar. Der neue Geist liegt vielmehr in den Worten: Einer für alle, alle für einen!

Gr.

#### Die deutsche Volksernährung im Kriege.

Mit Recht hat man die bereits vor dem Kriege viel erörterte Frage, ob und wie weit Deutschland in der Lage sei, auch bei vollständiger Abschneidung der Zufuhr von Nahrungsmitteln sich selbst in ausreichender Weise zu ernähren, in den ersten Kriegsmonaten noch eingehender studiert, da man ja von vornherein mit einer längeren Dauer des Krieges rechnen mußte und die Absicht unserer Gegner, Deutschland, wenn nicht mit den Waffen, so doch durch Hunger zu bezwingen, immer deutlicher hervorgetreten ist. Die verschiedenen Maßnahmen, die ergriffen worden sind, um den drohenden Gefahren entgegenzutreten, haben immer wieder das Interesse der weitesten Kreise an der Ernährungsfrage wachgerufen, und es ist besonders erfreulich, daß auch in dieser Frage schließlich eine Einmütigkeit erzielt werden konnte, die in Friedenszeiten

nicht vorhanden gewesen ist. Unter den neueren dieser Frage gewidmeten literarischen Erscheinungen von Bedeutung sei hier auf zwei Schriften aufmerksam gemacht.

Der bayerische Ministerialrat im landwirtschaftlichen Ministerium Friedrich Edler von Braun hat eine Schrift »Kann Deutschland durch Hunger besiegt werden?« (München 1914, C. Gerber, Preis 1 M) herausgegeben. Diese Schrift enthält im wesentlichen die erreichbaren Erzeugungs- und handelsstatistischen Angaben in geschickter Gruppierung zusammengestellt und bringt in einem Nachtrag einen aus dem Jahre 1912 stammenden, in der Bayerischen Staatszeitung 1912 Nr. 60 bis 63 abgedruckten Aufsatz des Verfassers über die Ernährung der Bevölkerung Deutschlands durch die eigene Erzeugung. Ohne die Schwierigkeiten zu verkennen, die einer mehr auf ernährungsphysiologischen Grundlagen beruhenden Aufnahme unserer Vorräte an Nahrungsmitteln entgegenstehen, erscheint es aber doch wohl richtiger, in diesem Falle nicht die reinen Mengen und Geldwerte zu betrachten, sondern die Frage der Wertbestimmung der Nahrungsmittel vor allem nach physiologischen Gesichtspunkten zu untersuchen. Diese Be-

trachtungsweise ist der von Prof. Paul Eltzbacher, derzeitigem Rektor der Berliner Handelshochschule, herausgegebenen wertvollen Denkschrift »Die deutsche Volksernährung und der englische Aushungerungsplan« (Braunschweig 1914, F. Vieweg & Sohn, Preis 1 M) zugrunde gelegt. Die Denkschrift stellt eine gemeinsame Arbeit hervorragender Landwirtschaftler, Chemiker, Physiologen, Geologen und Volkswirtschaftler dar, denen als Fachkundige auf dem Gebiet der Küche noch Frau Hedwig Heyl, die Verfasserin eines sehr brauchbaren Kriegskochbuches, zur Seite getreten ist. Die Denkschrift enthält nicht nur eine sehr sorgfältige, in mehrmonatiger Arbeit gewonnene und sehr vorsichtig abgefaßte Zusammenstellung unserer Vorräte, auf Wärmewerte und Eiweißmengen berechnet, sondern auch eine zahlenmäßige Bewertung der vielfachen Vorschläge zur Vermehrung der Nahrungsmittelmengen.

Die Deckung des Fehlbetrages ergibt sich am klarsten aus der folgenden Zahlentafel, die zeigt, wie sich der notwendige Bedarf an Nährstoffen, der wirkliche Verbrauch vor dem Kriege und die verschiedenen Maßnahmen der letzten Monate zueinander verhalten.

| Nährwerte  | Eiweiß | Wärme-                            |
|--|--------|-----------------------------------|
|  | 1000 t | einheiten<br>(kcal)<br>Milliarden |
| Bedarf der deutschen Bevölkerung . . . . .   | 1605,0 | 56 750,0                          |
| wirklicher Verbrauch vor dem Kriege . . . . .  | 2307,0 | 90 420,0                          |
| zur Verfügung bei unveränderter Wirtschaftsweise . . . . .                                   | 1543,0 | 67 860,0                          |
| Dazu kommen durch:   |        |                                   |
| Aenderung der Viehhaltung, Verminderung der Schweinehaltung um $\frac{1}{3}$ usw.) . . . . . | 217,3  | 2 878,0                           |
| Meidung der Vergeudung . . . . .   | 80,0   | 5 675,0                           |
| Verbot der Verfütterung von Brotgetreide . . . . .   | 78,3   | 2 741,0                           |
| Mehrverbrauch von Milch und Magerkäse . . . . .  | 48,8   | 250,9                             |
| Kartoffeltrocknung . . . . .   | 18,9   | 1 112,3                           |
| Einschränkung der Buttererzeugung . . . . .  | 14,8   | 110,4                             |
| Moorkultur . . . . .   | 10,4   | 592,0                             |
| Verbot der Herstellung von Getreidealkohol . . . . .   | 4,7    | 68,6                              |
| Gemüsekonservierung . . . . .  | 3,6    | 93,0                              |
| Obstkonservierung . . . . .  | 1,7    | 147,5                             |
| Verbot der Herstellung von Weizenstärke . . . . .  | 1,3    | 5,2                               |
| Abzuziehen sind infolge der Verfütterung von Zucker . . . . .                                | —      | — 283,1                           |
| Zur Verfügung bei Ausführung der empfohlenen Maßnahmen                                       | 2022,8 | 81 250,8                          |

Aus dieser Zusammenstellung folgt, daß auch ein längerer Krieg, wenn nur auch im Einzelhaushalt ver-

nünftig gewirtschaftet wird, keine Schrecken, wie anfangs befürchtet, zu haben braucht.

Da es nicht jedermann zugemutet werden kann, wissenschaftliche Schriften wie die vorliegende Denkschrift zu studieren, so hat man einen zur Massenverbreitung sehr geeigneten Auszug mit den wichtigsten Ergebnissen und praktischen Ratschlägen verfaßt, der unter dem Titel »Ernährung in der Kriegszeit« (16 Seiten) von der Zentralstelle für Volkswohlfahrt, Berlin W. 50, versandt wird. Da sich der Preis bei Bezügen von über 50 Stück nur auf 8 Pfennig für das Heft stellt, so empfiehlt sich die kleine Schrift ebenso wie das kurze kostenfrei abgegebene »Ernährungsmerkblatt« zur allgemeinen Verbreitung auch in den Kreisen der Arbeiter. Jeder einzelne von uns hat in der Tat die Pflicht, dafür zu sorgen, daß nicht infolge allzu großer Sorglosigkeit und Verschwendung die Erfolge der deutschen Waffen durch verkehrte Wirtschaft zuschanden werden. Daß der Erfolg der Sparpolitik durch die soeben erlassenen Bestimmungen über die Beschlagnahme und Verteilung der Getreide- und Fleischvorräte durch den Staat in weitgehendem Maße gesichert wird, ist mit Freude zu begrüßen. H. Gn.

#### Die Nutzbarmachung der Haushaltsabfälle in Städten.

Die Verwertung von Haushaltsabfällen in großem Maßstab, die an sich von volkswirtschaftlicher Bedeutung und in der gegenwärtigen Zeit infolge des Mangels an Viehfutter besonders wichtig ist, haben die beiden Städte Potsdam und Charlottenburg seit geraumer Zeit in vorbildlicher Weise durchgeführt. Dabei ist das Verfahren der Stadt Charlottenburg dadurch bemerkenswert, daß es im Laufe der Zeit zu einer fabrikmäßigen Herstellung von Futtermitteln durch Trocknung geführt hat. Wir entnehmen die folgenden Angaben hierüber der Arbeit von M. Hertler und G. Wilsdorf über die »Bedeutung des Schweines für die Fleischversorgung«, die im Verlage der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft, Berlin im Jahre 1914 erschienen ist. Potsdam und Charlottenburg haben die Trennung des Hausmülls von den Küchenabfällen, die sich bei den früheren Versuchen im kleinen Maßstab als unbedingt notwendig für die Verwertung der Küchenabfälle erwiesen hat, den einzelnen

Haushaltungen polizeilich vorgeschrieben. Da der Potsdamer Hauswirt, der sich dieser Anordnung nicht fügen will, veranlaßt wird, den ganzen Müll seines Hauses selbst abzufahren, so hat man hier das gewünschte Ziel ohne Streitigkeiten und Prozesse bald erreicht, zumal die Stadt als Gegenleistung den Müll unentgeltlich abführt. Man sammelt die Abfälle in zwei Gefäßen getrennt nach organischen und anorganischen Bestandteilen, unter den letzteren Asche, Kehrlicht, Blechbüchsen, Scherben usw. Der Generalpächter des Unternehmens hat in den ersten Pachtjahren infolge mehrfach eingeschleppter Seuchen mit der anfangs betriebenen Schweinefütterung keine guten Gesamtergebnisse erzielt. Er ist infolgedessen zur Rindviehfütterung übergegangen, und zwar mit gutem Erfolg. Nach seinen Angaben genügen die Speisereste von 80 Personen, um ein kleineres Rind von 250 bis 300 kg Lebendgewicht und 1½ Jahren zu mästen und sein Gewicht täglich um 1¼ kg zu steigern. Nach Einführung besonderer Maßregeln zum Schutz der Tiere gegen Fremdkörper wie Nähnadeln, Nägel, Glasstücke usw. in der Nahrung hat sich diese Rindermast bisher als ein durchaus wirtschaftliches Unternehmen erwiesen.

In Charlottenburg hat man ähnliche Abfuereinrichtungen für den Hausmüll getroffen, ist jedoch zu einer Dreiteilung übergegangen. Die von der Behörde 1906 genehmigte Verordnung über die Fortschaffung des Mülls bestimmt eine Abfuhr auf gemeinsame Kosten, die auf die Besitzer aller bewohnten Grundstücke nach Maßgabe des Gebäudesteuer-Nutzungswertes für das laufende Gemeindehaushalt-Jahr verteilt werden. Die ersten Betriebsjahre der in Seegefeld gebauten Verwertungsanlage schnitten infolge großer Verluste durch Seuchen nicht gut ab. Der Verlust an krepierenden Schweinen betrug 1908 rd. 9,3 vH, 1909 rd. 5,4 vH, 1911 allerdings nur etwa 0,5 vH. Man ist darauf aus verschiedenen Gründen von der Schweinemast abgegangen und hat begonnen, die Speisereste künstlich zu trocknen, um sie mit oder ohne Beimischung von Melasse als Dauerfutter für alle Tierarten in den Großhandel zu bringen. Man stellt jetzt in der Fabrik in Seegefeld aus den Speiseresten von je 100000 Menschen

jährlich 15000 Zentner Futtermittel her und gewinnt, da der Zentner mit 5 M verkauft wird, daraus 75000 M. Unsere Quelle regt an, in den Städten Deutschlands mit mehr als je 200000 Einwohnern, die insgesamt 9 Mill. Bewohner umfassen, eigene Aufbereitungsanstalten einzurichten, während die Abfälle kleinerer Städte bei billigen Frachten mit der Bahn nach diesen Anstalten befördert werden sollen. So könnte man die Küchenabfälle von rd. 13 Mill. Einwohnern jährlich zu etwa 2 Mill. Zentnern Futtermittel im Werte von 10 Mill. M verarbeiten. Es wird jedoch darauf hingewiesen, daß für mittlere Städte mit billig zu erwerbenden Grundstücken in passender Lage die unmittelbare Verwendung der Speiseabfälle zur Schweinemast bei fachmännischer Aufsicht und richtiger Beisetzung der zeitweilig notwendigen Zusatzmittel meist wirtschaftlicher sein wird. Für Großstädte wird wegen mancherlei Beschwerden, die die Nähe der Mastanstalten in gesundheitlicher Beziehung mit sich bringt, und wegen anderer Bedenken die Trocknung ihre Vorteile haben.

Wie auf manchen andern Gebieten scheint der Krieg auch in dieser Frage eine tiefer durchgreifende Lösung herbeizuführen, als das in Friedenszeiten möglich gewesen ist. Am 19. Januar hat der Oberbefehlshaber in den Marken unter Aufrufung der einmütigen Mitarbeit sämtlicher Einwohner für Groß-Berlin einschließlich der Gutsbezirke Berlin-Dahlem, Niederschönhausen und Plötzensee die Verwertung der pflanzlichen Abfälle des Haushaltes, insbesondere der Reste von Brot, Kartoffeln, Gemüse und Früchten, soweit sie nicht zur menschlichen Ernährung oder nachweislich zur Viehfütterung verwandt werden, angeordnet. Diese Nahrungsmittelreste sind getrennt vom übrigen Müll zu sammeln, und zwar unter Haftung jedes Haushaltungsvorstandes und Geschäftsinhabers. Sie sollen für sich abgefahren und zur Fütterung von Vieh verwandt werden. Die Vorschriften werden sinngemäß auch auf öffentliche und private Märkte angewandt, treten am 1. Februar 1915 in Kraft und werden von den Polizeiverwaltungen durchgeführt.

#### Landwirtschaftliche Verwertung von Baugebänden.

Auf S. 62 haben wir darauf hingewiesen, daß im Zusammenhang mit der

Nahrungs- und Futtermittelversorgung im Kriege die Nutzbarmachung der bisher brach liegenden Landflächen geplant worden ist. Wie die Vossische Zeitung vom 26. Januar 1915 mitteilt, hat man diesen Gedanken jetzt auch in Berlin durchzuführen begonnen. Im preußischen Ministerium für Landwirtschaft ist am 25. Januar eine Genossenschaft begründet worden, der die deutsche Landwirtschaftsgesellschaft, die Freien Gewerkschaften, die Konsumgenossenschaft für Berlin und Umgebung, der Schutzverband für Deutschen Grundbesitz, die Hirsch-Duncker-Gewerkvereine, die christlichen Gewerkschaften, eine Anzahl Terraingesellschaften und Vertreter der Regierung sowie des Zweckverbandes Groß-Berlin angehören. Auf das Genossenschaftskapital sind bisher über 40000 M gezeichnet worden. Eine Verzinsung und Verteilung von Dividenden ist nach den Satzungen ausgeschlossen. Zunächst ist die Verwertung von Baugebänden beabsichtigt. Die landwirtschaftliche Bearbeitung der zur Verfügung stehenden Ländereien wird der gemeinnützigen Trockenkartoffel-Verwertungsgesellschaft übertragen, die das Pflügen, Düngen und Legen der Saatkartoffeln unter Verzicht auf jeden Gewinn übernommen hat. Alle Ländereien sind der Genossenschaft von Gemeinden und Privatpersonen unentgeltlich zur Verfügung gestellt worden. Nach dem Gutachten der landwirtschaftlichen Sachverständigen kann mit einem Ertrage von 60 bis 80 Zentnern Kartoffeln auf einen Morgen gerechnet werden, doch hat man der Sicherheit halber nur einen Ertrag von 60 Zentnern angenommen. Die fertig bearbeiteten Ländereien werden in Teilen von je  $\frac{1}{6}$  Morgen (30 Quadratrudden) zum Preise von 25 M verpachtet. Die Beträge können nach Anzahlung von 750 M in wöchentlichen Raten von 50 Pf abbezahlt werden. Die Pacht soll noch verringert werden, wenn die Durchschnittskosten der Bestellung unter dem vorläufig angenommenen Betrage bleiben. Zur Zeit stehen der Genossenschaft 3000 bis 4000 Morgen zur Verfügung, wovon ein Teil bereits gepflügt wird. Die Pachtungen vermitteln die einzelnen beteiligten Gewerkschaften und die Verkaufsstellen der Konsumgenossenschaft.

## HANDEL UND VERKEHR; GELDWESEN.

### Das amerikanische Wirtschaftsleben seit Ausbruch des Krieges.

Der mächtige Wirtschaftsorganismus der Vereinigten Staaten, der durch tausend Fäden mit dem europäischen Wirtschaftsleben verkettenet ist, ist durch den Ausbruch und die weitere Dauer des Krieges ganz außergewöhnlich beeinflusst worden. Auch er hat sich, wie die durch den Krieg unmittelbar in Mitleidenschaft gezogenen Staaten, erst an die völlig neue Lage nach innen und nach außen anpassen müssen. Amerika ist der große Rohstoff- und Nahrungsmittellieferer für Europa, es tauscht dagegen industrielle Erzeugnisse, vor allem auch mit Deutschland, aus. Die Verhältnisse waren diesmal besonders schwierig, da zu Beginn des Weltkrieges die Getreide- und die Baumwollernte bevorstanden und nicht nur der Ausfuhr harrten, sondern überhaupt erst finanziert werden mußten, was in der Regel mit europäischem, besonders englischem Gelde geschieht. Dazu kam im vorigen Jahre vor Ausbruch des Krieges eine ganz außerordentliche Verschuldung des führenden New Yorker Geldmarktes an Europa, vor allem an England und Frankreich, die mit der Kriegserklärung dringend eine sofortige Abwicklung erheischte. Und nicht zuletzt flüchteten und fluteten die großen Börsentransaktionen nach Schluß der europäischen Börsen nach New York, dessen Börse bis zuletzt geöffnet blieb und nur allzu willig die großen Effektenverkäufe des Auslandes aufnahm und damit seine Verpflichtung an das Ausland noch weiter steigerte. Der amerikanische Außenhandel, der zum nicht geringen Teil unter englischer und deutscher Flagge geht, mußte, abgesehen von seiner tatsächlichen Beeinträchtigung durch den Krieg, schon infolge dieser äußeren Verhältnisse leiden, denen man jedoch durch die gesetzliche Einreihung der betreffenden Schiffe unter die amerikanische Flagge bald zu begegnen vermochte. Den schweren Beeinträchtigungen der amerikanischen Volkswirtschaft standen jedoch Hoffnungen und Erwartungen infolge der Aussichten auf das Eindringen in die bisher von andern beherrschten Absatzgebiete gegenüber. Auch muß erwähnt wer-

den, daß viele Industrielle in der Union es mit Waffen- und Munitionslieferungen an die kriegführenden Mächte des Dreiverbandes trotz der ausdrücklichen Neutralitätserklärung des Landes nicht allzu genau nahmen, um dadurch ihre ungünstige Wirtschaftslage besser zu gestalten, wenn es auch hiervon Ausnahmen gegeben hat. In den nachstehenden Ausführungen wollen wir auf diese kurz gekennzeichneten Umstände näher eingehen und ihre Entwicklung und Wandlung während der ersten Kriegsmonate ausführlicher begründen.

Die Geldmarktverhältnisse sind in den Vereinigten Staaten sofort nach dem Beginn des Krieges in einen geradezu krisenhaften Zustand geraten, was mit darin begründet lag, daß sie schon in den Monaten vor dem Krieg äußerst gespannt waren. Die Zurückziehung der englischen und französischen Guthaben aus dem Lande, das Hinaufgehen der Devisenkurse (so zog der Sterlingkurs von 4,88 \$ innerhalb weniger Tage auf 5,05 \$ an und stand sogar vorübergehend auf 7 \$) mit der drohenden Kriegsgefahr trotz der immer mächtiger anschwellenden Goldausfuhr (vom 27. Juli bis 8. August 64 Mill. \$) spiegeln die Erschütterung des amerikanischen Wirtschaftslebens wieder. Der Entwertung der Valuta, die trotz dieser gewaltigen Goldbewegungen immer weiter fortschritt, hat die Regierung durch beruhigende Erklärungen über das Vorhandensein großer Goldbeträge von mehr als 1 1/2 Milliarden \$ in den Kassen des Schatzamtes Einhalt zu gebieten versucht. Der Goldausfuhr wurden schließlich durch die Kapergefahr Schranken gesetzt, obwohl sie auch dann noch nicht aufhörte, vielmehr sich nur nach Kanada richtete, wo die englischen Guthaben einstreuen liegen blieben. Um der Geldkrise zu begegnen, schritt die Regierung mit Schnelligkeit und Geistesgegenwart zu dem schon in der letzten großen Geldkrise von 1907 erprobten Mittel der Ausgabe von sogenannten emergency notes und Clearinghouse-Zertifikaten. Die Bankvereinungen sind nach der ausdrücklich zu diesem Zweck verlängerten Aldrich-Bill ermächtigt worden, diese Art von Notstands-Bankgeld auszugeben. Vor



solchen emergency notes waren bis Mitte Oktober über 350 Mill. \$ oder 1470 Mill. M im Umlauf. Die Regierung verbot ferner, unbekümmert um noch weitere Verschlechterung der Valuta, zeitweise die Goldausfuhr, um die innerwirtschaftlichen Verhältnisse des Landes nicht noch mehr zu schwächen. Amerika war nach alledem im August tatsächlich nicht in der Lage, seine europäischen Verbindlichkeiten voll zu erfüllen, und daher der Einschränkung europäischer Kredite im weitesten Umfang ausgesetzt. Die europäischen Verbindlichkeiten waren im übrigen noch wesentlich durch die Verkäufe von Wertpapieren für europäische Rechnung an der New Yorker Börse an den letzten Börsentagen erhöht worden, und nur der Schluß der New Yorker Börse verhinderte einen noch weiteren Ansturm und das Zurückfluten amerikanischer Wertpapiere, von denen vor Beginn des Krieges mindestens 6 Milliarden \$ in Europa untergebracht waren. Zu den Maßnahmen der Regierung zum Schutze der Valuta mußten bald diejenigen der privaten Bankwelt ergänzend hinzutreten, die gegen Ende September in dem sogenannten Goldpool eine Summe von 100 Mill. \$ aufbrachte, die man der Bank von England in Kanada zur Verfügung stellte, um damit einen entsprechenden Teil der in England fälligen amerikanischen Verpflichtungen einzulösen. Die Geldsätze in den Vereinigten Staaten selbst haben im August eine Höhe von 8 vH gehabt, also weit über den Sätzen gestanden, die in dem vom Krieg bedrohten Deutschland herrschten. Im September gingen sie allmählich auf 6 vH zurück und hielten sich weiterhin auf diesem Stande. Gleichzeitig setzten im Oktober erneute Bemühungen ein, um die Vershuldung gegen Europa durch entsprechend stärkere Warenausfuhr zu vermindern, was teilweise gelungen ist, da der Dreiverband bedeutende Mengen Kriegsbedarf aus Amerika beziehen mußte und somit einen Ausgleich der Interessengegensätze auf dieser Grundlage anbahnte. Ende November waren die Sätze für tägliches Geld auf  $3\frac{1}{2}$  vH, für Handelswechsel (3 Monat Laufzeit) auf  $4\frac{3}{4}$  herabgegangen, Ende Dezember auf  $2\frac{3}{4}$  bis 3 vH, bei Darlehen für längere Zeit auf  $3\frac{3}{4}$  bis 4 vH. Eine weitere Erleichterung erwuchs dem

Geldmarkt durch Errichtung des Systems der 12 Bundesreservebanken an den Haupthandelsplätzen Mitte November, die ihre Diskonttätigkeit mit Sätzen von  $5\frac{1}{2}$  bis  $6\frac{1}{2}$  vH begannen. Der Betrag an Notstandsnoten ging allmählich zurück (am 15. Dezember 180 Mill. \$). Mit der Gesundung der Geldmarktverhältnisse konnte, allerdings unter gewissen Einschränkungen, am 28. November die New Yorker Börse eröffnet werden, und zwar vorläufig für den Bonds-(Obligationen)markt, bald darauf auch für den Aktienmarkt.

Noch einschneidender, als auf den Geldmarkt und die Böse, hat der europäische Krieg auf die Warenmärkte eingewirkt, verhältnismäßig am wenigsten auf den Getreidemarkt. Hier trafen zwei Umstände in glücklicher Weise zusammen. Die Vereinigten Staaten hatten eine ungewöhnlich gute Weizenernte gehabt, die sich nach endgültiger Schätzung auf 891 Mill. bushel<sup>1)</sup> Winter- und Frühjahrsweizen stellte, gegen 763 bzw. 730 Mill. bushel in den beiden Vorjahren. Die Maisernte war mit 2672 Mill. bushel gleichfalls besser als die vorjährige von 2447 Mill., wenn auch die Ernte von 3125 Mill. bushel des Jahres 1912 noch nicht wieder erreicht worden ist. An Hafer wurden 1141 (i. V. 1122 bzw. 1418) Mill. bushel geerntet, an Gerste 195 (178 bzw. 224), an Roggen 43 (41 bzw. 36) Mill. Das Land ist neben diesem Getreide reichum in der glücklichen Lage, diesmal als der einzige leistungsfähige Versorger Europas auftreten zu können, da die Ausfuhr der russischen Ernte durch die Schließung der Dardanellen unterburden ist, abgesehen davon, daß sie sich gegenüber der vorjährigen Ernte erheblich verschlechtert hat, auch die rumänische Ernte aus dem gleichen Grunde das Schwarze Meer nicht verlassen kann, sondern auf die teuren Eisenbahnwege beschränkt ist. Kanada, Australien und Indien konnten dem Weltmarkt keinen Ueberschuß zur Verfügung stellen. So hat namentlich England lediglich auf die amerikanische Getreideernte zurückgreifen müssen. Aber auch die neutralen Staaten sind ausschließlich auf Amerika angewiesen, da die argentinische Getreideernte erst

<sup>1)</sup> 1 bushel = 35,25 ltr = 27,2 kg Weizen, 25,4 kg Mais oder Roggen, 21,8 kg Gerste und 14,5 kg Hafer.

jetzt auf dem Weltmarkt zu erscheinen beginnt. Deutschland hat infolge der Störung der Schifffahrt und der Kapergefahr unmittelbar keinen Vorteil von der amerikanischen Getreideernte gehabt. Die Folge davon, daß Amerika als der einzige Versorger Europas in Betracht kam, war, daß in den Vereinigten Staaten trotz der reichen Ernte hohe Getreidepreise herrschten und der Ernteüberschuß zu gewinnbringenden Preisen an das Ausland abgestoßen werden konnte. Die Preisbewegung für Getreide (Weizen und Mais) in den Vereinigten Staaten wird durch folgende Aufstellung erläutert:

| Anfang          | Weizen<br>New York<br>cts für<br>1 bushel | Mais<br>Chicago<br>cts für<br>1 bushel |
|-----------------|---|--|
| August . . .    | 96  | 76 <sup>7</sup> / <sub>8</sub>         |
| September . . . | 130                                       | 82 <sup>1</sup> / <sub>8</sub>         |
| Oktober . . .   | 114 <sup>7</sup> / <sub>8</sub>           | 67 <sup>7</sup> / <sub>8</sub>         |
| November . . .  | 124 <sup>1</sup> / <sub>8</sub>           | 69 <sup>1</sup> / <sub>8</sub>         |
| Dezember . . .  | 121 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>           | 63 <sup>1</sup> / <sub>4</sub>         |
| Januar . . .    | 137 <sup>1</sup> / <sub>4</sub>           | 67 <sup>3</sup> / <sub>4</sub>         |

Von außerordentlicher Schwierigkeit erwies sich diesmal die für Amerika so wichtige Baumwollfrage. Der Wert der Baumwollausfuhr aus den Vereinigten Staaten betrug im letzten Jahr etwa 1 Milliarde \$. Die Baumwolle geht zum größten Teil nach England und Deutschland. Beide Länder sind infolge des Krieges weniger aufnahmefähig geworden, England auch mit deshalb, weil Deutschland seinerseits von England Baumwollgarne und -waren bezieht (letztere werden mit deutschen Farbstoffen gefärbt, deren Ausfuhr nach England unterbunden ist), während England trotz der herrschenden Ansicht, daß Baumwolle keine Konterbande ist, die amerikanische Baumwollausfuhr nach Deutschland auf jede Weise, auch auf dem Umweg über neutrale Länder, zu unterbinden strebt. Die amerikanische Baumwollenernte des Jahres 1913/14 betrug 14609968 Ballen (der Ballen zu 515 engl. Pfd.), davon wurden 3434593 Ballen nach England und 5591438 nach dem europäischen Festland ausgeführt. Die Ernte Amerikas an Baumwolle 1914/15 wird auf etwa 16 Mill. Ballen geschätzt. Davon beläuft sich der Verbrauch der Vereinigten Staaten auf 5 bis 6 Mill. Ballen; an 10 Mill. müssen mithin ausgeführt werden. Infolge des vermin-

derten Bedarfes Englands und der Abschließung Deutschlands, die aber Amerika zu durchbrechen suchte, obwohl die Schwierigkeiten und die Kapergefahr alle Versuche amerikanischer Ausfuhrfirmen (u. a. die Errichtung einer eigenen amerikanischen Baumwolldampferlinie nach Bremen) doch wieder hinfällig gemacht haben, ist der Baumwollpreis, da eine gewaltige Menge Baumwolle auf den amerikanischen Märkten lastet, seit Ausbruch des Krieges um fast 50 vH (von 12,5 auf 7,5 cts für das englische Pfund) gesunken. An der Liverpoolscher Baumwollbörse hat man bereits seine Zuflucht zu Mindestpreisen nehmen müssen. Neben der Entwertung der amerikanischen Ausfuhrbaumwolle trat aber noch eine zweite Schädigung auf, nämlich die außerordentliche Erschwerung der Finanzierung der Baumwollenernte, die diesmal Amerika allein mit eigenen Mitteln hat in die Hand nehmen müssen. Die Finanzierung der Baumwollenernte pflegt sonst zum großen Teil durch die englischen, in den letzten Jahren aber in steigendem Maße durch deutsche Banken, die Rembourskredite einräumten, zu geschehen. Unter Leitung des Federal Reserve Board wurde ein sogenannter Cotton Pool geschaffen, der 135 Mill. \$ zur langfristigen Beleihung von Baumwolle an die Pflanzer, Händler usw. zusammenbrachte, wodurch gleichzeitig auch erreicht werden soll, daß ein großer Teil der Ernte vom Markte ferngehalten wird, bis sich die Lage durch Einschränkung der Anbaufläche im nächsten Jahre bessert, um dann die diesjährige Uebererzeugung langsam in den Verkehr zu bringen. Die Baumwollbörse hat man ebenso wie die Fondsbörse mit Beginn des Krieges geschlossen, um einer weitgehenden Entwertung vorzubeugen. Ihre Neuöffnung vor einiger Zeit hatte natürlich die Abwicklung der noch seit Ende Juli schwebenden Verpflichtungen zur Voraussetzung. Von der diesjährigen amerikanischen Baumwollenernte waren vom 1. September bis 13. Dezember 13977000 gegen 12924000 Ballen im Vorjahre entkört. Die amerikanische Baumwollausfuhr stellt sich vom 1. August 1914 bis 1. Januar 1915 auf 1163000 Ballen nach England und 1019000 Ballen nach dem europäischen Festlande.

Die Terminbörsen in New York, New Orleans und Liverpool wurden am 16. November eröffnet. Die amerikanischen Baumwollpreise haben sich aber nicht erholt, sondern sind im Gegenteil seit der Eröffnung der Börse noch weiter zurückgegangen. Der Rückgang ist jedoch keineswegs, wie vielfach behauptet worden ist, auf spekulative Einflüsse zurückzuführen, sondern eben darauf, daß sich die Marktlage in der Textilindustrie in den Vereinigten Staaten noch weiter wesentlich verschlechtert hat. In letzter Zeit hat sich eine Preisbesserung eingestellt, so daß die Notierungen über denen von Mitte November liegen. Der amerikanische Verbrauch vom Anfang des Baumwollerntejahres, d. h. vom 1. September, bis Anfang Dezember hat kaum mehr als  $2\frac{1}{4}$  Mill. gegenüber  $3\frac{1}{2}$  Mill. Ballen Rohbaumwolle im Vorjahr betragen. Nicht anders geht es den übrigen Zweigen der Textilindustrie, der Herstellung von Wollwaren, in der Amerika hinsichtlich der Beschaffung des Rohstoffes freilich auf das Ausland, vornehmlich auf England angewiesen ist, das aber bekanntlich jetzt ein Wollausfuhrverbot erlassen hat. Auch der Umstand, daß die Farbstoffeinfuhr aus Deutschland unterbunden und damit die Herstellung farbiger Webwaren aus Wolle und Baumwolle verhindert ist, wirkt äußerst erschwerend auf das amerikanische Textilgewerbe.

Die amerikanische Eisenindustrie steht gleichfalls im Zeichen eines schweren Rückganges, der freilich schon seit geraumer Zeit vor Ausbruch des Krieges eingesetzt hat. Die Roheisenerzeugung hat seit Beginn des Jahres folgenden Verlauf im Vergleich zum Vorjahr genommen:

|                     | 1914<br>Mill. t | 1913<br>Mill. t |
|---------------------|-----------------|-----------------|
| Januar . . . . .    | 1,88            | 2,79            |
| Februar . . . . .   | 1,88            | 2,58            |
| März . . . . .      | 2,34            | 2,76            |
| April . . . . .     | 2,27            | 2,75            |
| Mai . . . . .       | 2,09            | 2,82            |
| Juni . . . . .      | 1,92            | 2,63            |
| Juli . . . . .      | 1,96            | 2,56            |
| August . . . . .    | 1,99            | 2,44            |
| September . . . . . | 1,88            | 2,51            |
| Oktober . . . . .   | 1,78            | 2,55            |
| November . . . . .  | 1,12            | 2,23            |
| Dezember . . . . .  | 1,52            | 1,98            |

Die gesamte Roheisenerzeugung stellte sich im vorigen Jahr auf 22,60 Mill. t gegen 30,6 Mill. t, oder auf rd. Mill. t weniger. Seit Ausbruch des Krieges, d. h. vom 1. August bis Ende Dezember, wurden in den Vereinigten Staaten 8,32 (11,71) Mill. t Roheisen gewonnen. Entsprechend der geringeren Roheisenerzeugung sind auch die Erzverschiffungen aus den Häfen des Oberen Sees von 49,07 Mill. t in 1913 auf 32,01 Mill. t im letzten Jahre zurückgegangen. Die Pachtung der Great Northern-Erzfelder durch den Stahltrust ist übrigens Ende 1914 abgelaufen. Die Aufträge der United States Steel Corporation zeigen gleichfalls seit Beginn des Krieges einen fortlaufenden Rückgang. Erst Ende Dezember konnte wieder ein etwas höherer Auftragbestand gebucht werden. So stellte sich gegen Ende der einzelnen Monate der Auftragbestand auf:

|                       | 1914<br>Mill. t | 1910<br>Mill. t |
|-----------------------|-----------------|-----------------|
| Ende Juli . . . . .   | 4,16            | 5,43            |
| » August . . . . .    | 4,21            | 5,22            |
| » September . . . . . | 3,79            | 5,00            |
| » Oktober . . . . .   | 3,46            | 4,51            |
| » November . . . . .  | 3,32            | 4,40            |
| » Dezember . . . . .  | 3,84            | 4,28            |

Man muß bis auf die Jahre 1911 und 1910 zurückgehen, um ähnliche niedrige Ziffern des Auftragbestandes zu erhalten. Der Reingewinn des Stahltrustes im dritten Vierteljahr (Juli bis September) stellte sich auf 14,68 Mill. gegen 29,62 Mill. \$ im entsprechenden Vorjahrsvierteljahr. Der Trust hat infolge dieses ungünstigen Ergebnisses die Vierteljahrsdividende auf die Stammaktien von  $1\frac{1}{4}$  bis  $\frac{1}{2}$  vH kürzen müssen, während er auf seine Vorzugsaktien die übliche Dividende von  $1\frac{3}{4}$  vH verteilte. Der Rohgewinn des Trusts hat ab Juli betragen:

|                     | 1914<br>Mill. \$ | 1913  |
|---------------------|------------------|-------|
| Juli . . . . .      | 7,48             | 12,94 |
| August . . . . .    | » 7,58           | 12,66 |
| September . . . . . | » 7,21           | 12,86 |

Die Roheisenerzeugung belief sich in den Vereinigten Staaten auf 60 vH der größtmöglichen Leistungsfähigkeit, und ebenso wurde die Fertigverarbeitung nur zu 50 vH ihrer Leistungsfähigkeit betrieben. Noch Ende Oktober waren die Pittsburger Stahlwerke zu 40 bis 45 vH ihrer Leistungsfähigkeit beschäf-

tigt, diejenigen von Chicago sogar nur zu 30 vH. Trotz des Rückganges der Erzeugung sind die Preise für Roheisen gleichfalls eine Kleinigkeit zurückgegangen. Erst seit Mitte November läßt sich eine leichte Besserung in der amerikanischen Eisenindustrie unter dem Einflusse des scharfen Rückganges der Erzeugung und der sich wieder etwas belebenden Nachfrage feststellen. Gleichzeitig wurden bessere Preise erzielt. Natürlich hat auch die Besserung des Geldmarktes das Ihrige dazu beigetragen, die Verhältnisse in der Eisenindustrie günstiger zu gestalten. Vor allem hat sich die Ausfuhr gehoben, u. a. für Stacheldraht, wovon Anfang August bis Ende Oktober allein 50000 t nach Europa verkauft wurden, und sonstige für den Krieg in Betracht kommende Erzeugnisse. Die weiterverarbeitende Eisenindustrie, vor allem die Kleineisen- und Maschinenindustrie und die Motorwagen- und Waffenindustrie, sind durch den europäischen Kriegsbedarf außerordentlich beschäftigt worden. So soll die Bethlehem Steel Co. an Frankreich in den nächsten

1½ Jahren 900 Feldhaubitzen liefern. Ferner werden wöchentlich 3 Millionen Patronen nach Frankreich geschafft. Die Gewehr- und Patronenlieferungen an England gehen in die Hunderttausende und Hundertmillionen. Auch Rußland hat gewaltige Mengen Geschütze und Flugzeuge in Amerika bestellt. Angeblich sollen die Aufträge in Artillerie Schießbedarf den großen Werken auf mehrere Jahre Beschäftigung geben.

Die mangelnde Einfuhr von Ferromangan hat sich freilich in der amerikanischen Eisenindustrie recht unangenehm fühlbar gemacht und gleichfalls zu einer Verringerung der Roheisen- und Stahlerzeugung beigetragen. Es sei daran erinnert, daß Ferromangan in einer Menge von 11733 t im Jahre 1913 von Deutschland nach den Vereinigten Staaten ausgeführt worden ist, und daß sich im ersten Halbjahr 1914 diese Ausfuhr auf 3280 t stellte. Die Preisbewegung für die wichtigsten Eisen- und Stahlerzeugnisse in den letzten Monaten zeigt das folgende Bild:

|   | Anfang | Aug.  | Sept. | Okt.  | Nov.  | Dez.  |
|---|--------|-------|-------|-------|-------|-------|
|   | \$/t   | \$/t  | \$/t  | \$/t  | \$/t  | \$/t  |
| nördliches Gießereisen Nr. 2 (Philadelphia) | 14,75  | 14,75 | 14,75 | 14,50 | 14,50 | 14,25 |
| südliches Gießereisen Nr. 2 (Cincinnati)    | 13,25  | 13,25 | 13,25 | 12,90 | 12,90 | 12,65 |
| Bessemer-Knüppel (Pittsburg)                | 19,50  | 21,00 | 21,00 | 19,50 | 19,50 | 19,00 |
| Stabeisen und Bleche (Pittsburg)            | 20,50  | 22,00 | 22,00 | 20,00 | 20,00 | 20,00 |
| Draht (Pittsburg)                           | 24,50  | 26,50 | 26,00 | 25,50 | 25,50 | 25,00 |

(Schluß folgt.)

**Levante - Handbuch.** Von Davis Trietsch. Dritte wesentlich vermehrte Auflage mit eingedruckten Kartenskizzen und einer Karte in Farbendruck. Berlin 1914, Gea-Verlag G. m. b. H. Preis 10 M.

Das in dritter Auflage erschienene Levante-Handbuch kommt im Augenblick, wo die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zur Türkei noch enger als bisher geworden sind, zur rechten Zeit. Im übrigen faßt der Verfasser den Begriff der Levante recht weit; denn es werden in dem Buch auch die Balkanländer mit behandelt. Das Werk ist in erster Linie ein Nachschlagewerk. Daher sind die einschlägigen Statistiken fleißig zusammengetragen, ebenso sind Konsulatsberichte und sonstige nicht allzuleicht erreichbare Unterlagen in das Werk übernommen worden. Wenn auch der

Verfasser auf eine eigene Kritik im großen und ganzen verzichtet, so gewinnt seine Arbeit, die wirtschaftlichen Zwecken dient, doch immerhin auch dadurch an Wert, daß politische, nationale und religiöse Verhältnisse der Levanteländer knapp und übersichtlich geschildert worden sind. Ebenso hat sich der Verfasser bemüht, die oft widerspruchsvollen statistischen Angaben über die Einwohnerzahl der Städte usw. so weit als möglich zu klären und zu ergänzen. Die Umrechentafeln werden für den Benutzer den praktischen Wert des Buches erhöhen. MdL.

**Die Preisentwicklung in der Steinkohlengasindustrie.** Von Walter Le Contre. Band 142 der Schriften des Vereines für Sozialpolitik, Abteilung B, Preisbildung für gewerbliche Erzeugnisse, Teil V. 150 Seiten. München und Leipzig 1914, Duncker & Humblot. Preis 4 M.

Die Untersuchungen des Vereins für Sozialpolitik über das Preisproblem haben sicherlich bereits jetzt schon viel interessantes Material zu Tage gefördert, wenn auch ein abschließendes Urteil noch nicht gefällt werden kann. In Industriezweigen, die eine wesentliche technisch umwälzende Entwicklung erfahren haben, erscheint die theoretische Behandlung der Preisfrage noch erheblich mehr erschwert als in Gewerben mit wenig veränderter Technik. Die Gasindustrie gehört nun unbedingt zu der erstgenannten Betriebsform, da infolge des belebenden Wettbewerbes des Leuchtgases mit der elektrischen Beleuchtung insbesondere in den letzten Jahren die Verbesserung der Technik hinsichtlich erhöhter Gasausbeute und vermehrter Herstellung der sogenannten Nebenprodukte die notwendige Vorbedingung eines wirtschaftlichen Betriebes geworden ist. So haben sich denn auch die folgenden wichtigen Ergebnisse für den Verbraucher herausstellen können: »Die Gaspreise haben sich in den letzten 25 Jahren absolut wie relativ vermindert; absolut, indem die Gaspreise bei den meisten Gaswerken herabgesetzt wurden, und relativ, indem die einzelnen Verwendungsgeräte derartig verbessert worden sind, daß sie heute bei gleicher oder erhöhter Leistung (Auerlicht) wesentlich weniger Gas verbrauchen als um 1890.«

Vom Standpunkt des Produzenten ergeben sich dagegen folgende Beziehungen: »Die Selbstkosten sind relativ gestiegen, absolut gefallen. Da die Gas-

erzeugung selbst außerordentlich gestiegen ist, sind die Selbstkosten gefallen, weil die festen Kosten an der Gesamtheit der Selbstkosten einen ständig geringeren Anteil ausmachen.

»Die relative Steigerung aber rührt von erhöhten Einzelkosten her. So sind die Kohlenpreise beträchtlich gestiegen, ebenso auch die Aufwendungen für Zinsen und Amortisationen und auch die Arbeitslöhne. Ferner sind die Anlagekosten der Werke größer als früher geworden. Andererseits ist diese Preissteigerung durch verbesserte Ofenkonstruktionen und verbesserte Betriebs-einrichtungen, welche gleichzeitig eine erhöhte Gasausbeute und eine Verminderung der Arbeiterzahl ermöglichen, vielfach ausgeglichen worden. Die Herabsetzung der Gaspreise hat den Gewinn der Werke pro cbm zwar beeinträchtigt, jedoch hat die vermehrte Gasabgabe doch im ganzen eine absolute Steigerung der Ueberschüsse ermöglicht.«

Die Schrift von Walter Le Contre fußt zwar in der Hauptsache auf früheren Studien und den Veröffentlichungen im Journal für Gasbeleuchtung; sie wird aber durch die Reichhaltigkeit des geschickt gruppierten Materials insbesondere für den Nationalökonom und Techniker von Nutzen sein, und einzelne volkswirtschaftliche Anregungen des Verfassers hinsichtlich der kaufmännischen Organisation des Betriebes verdienen sicherlich, allgemein beherzigt zu werden.

H. Großmann.

## SOZIALES.

### Zur Lage der technischen Angestellten im Kriege.

Für die Beurteilung der gegenwärtigen Lage der technischen Angestellten unserer Industrie sind Unterlagen, wie sie sich z. B. die großen Arbeiterverbände auf Grund ihrer besonders umfassenden Organisationen verhältnismäßig rasch beschaffen konnten<sup>1)</sup> nicht vorhanden. Einen Anhalt geben, jedoch die Erfahrungen einer Gruppe von technischen Vereinen und Verbänden, die sich auf Anregung des Vereines deutscher Ingenieure in einer

Zentralstelle in Berlin zusammengeschlossen haben, um während des Krieges in gemeinsamer Tätigkeit die Arbeitsvermittlung zwischen den der allgemeinen Wohlfahrt dienenden Betrieben, wie Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerken, und der für den Krieg beschäftigten Industrie einerseits und den stellunglosen Fachgenossen andererseits zu fördern. Den im wechselseitigen Austausch gegebenen Berichten dieser Verbände ist allerdings bei dem verhältnismäßig geringen Umfang des umfaßten Kreises nur eine bedingte Gültigkeit für die Beurteilung der Gesamtlage beizumessen.

<sup>1)</sup> Vergl. T. u. W. 1915 S. 39.

Nach den ersten Monaten wurde übereinstimmend gemeldet, daß die Stellungslosigkeit erfreulicherweise nicht in dem Maß eingetreten sei, wie man in der Zeit unmittelbar nach dem Kriegsbeginn befürchtet hatte. Eine Anzahl führender Firmen hat von Kündigungen Abstand genommen, viele andre die ausgesprochenen Kündigungen rückgängig gemacht. Weiter haben die Post- und Eisenbahnverwaltungen einen Teil der Stellungslosen übernommen. In den letzten Monaten des vorigen Jahres ist insofern eine Stetigkeit der Verhältnisse eingetreten, als die Zahl der Stellungsge- suchte nicht gestiegen ist und ebensoviel Stellen neu besetzt werden konnten, wie Gesuche um Arbeit einliefen. Demzufolge hat die Menge der Stellungslosen nicht zugenommen. In einzelnen Industriezweigen ist sogar ein Mangel an technischen Kräften eingetreten.

Im Maschinenbau steht einem Ueberangebot der Ingenieure des Dampfmaschinen- und Pumpenbaues und des Gießereifaches eine rege Nachfrage nach Konstrukteuren von Werkzeugmaschinen, Motoren, Flugzeugen, ferner für den Vorrichtungsbau und für Massenfabrikation gegenüber. Im Schiffbau bestehen Schwierigkeiten, die offenen Stellen mit geeigneten Kräften zu besetzen, so daß zu überlegen wäre, ob hier verwandte Zweige der Technik herangezogen werden könnten. Auch an Elektrotechnikern hat sich teilweise Mangel gezeigt. Im Bauingenieurfach haben die jüngeren, staatlich oder akademisch geprüften Ingenieure ziemlich rasch Unterkunft gefunden, während sich andre in Not befinden. Das vorhandene Angebot an Bautechnikern ist bei den Befestigungsarbeiten größtenteils aufgebraucht worden. Im Wasserbau war die Arbeitsgelegenheit gleich nach dem Kriegsbeginn hauptsächlich infolge der Unterstützung seitens der Staatsbehörden günstig, hat sich dann aber verschlechtert. Die Stellungslosigkeit bei den Angehörigen des Metallhüttenwesens und des Erzbergbaues ist durch den Krieg nicht größer geworden, als sie im Frieden war, was auf die gute Beschäftigung für den Kriegsbedarf zurückgeführt wird. Die bisher in Belgien beschäftigten Metallhüttenleute sind zum Teil in Deutschland und auch wieder in

Belgien angestellt worden. Die Lage der Mitglieder des Deutschen Werkmeisterverbandes wird als recht günstig geschildert, was besonders für die Eisenindustrie gilt. Zu leiden hatten das Holzgewerbe und einzelne Zweige der Lederindustrie, obwohl diese stark für das Heer arbeitet.

Allgemein wird hervorgehoben, daß die jüngeren stellungslosen Fachgenossen, und besonders diejenigen mit einer akademischen oder Staatsprüfung, verhältnismäßig rasch Beschäftigung gefunden haben. Dagegen macht die Unterbringung der Ingenieure über 40 Jahre fortgesetzt große Schwierigkeiten. Unter diesen Fachgenossen, die unter andern den Kreisen der Selbständigen, wie Zivilingenieure, Vertreter usw., entstammen und in einzelnen Fachgruppen, z. B. im Maschinenbau, fast die Hälfte der Stellungslosen ausmachen, herrscht vielfach Not. Im Gegensatz zu dem durchweg anerkannten Entgegenkommen der oberen staatlichen Behörden haben untere Behörden und städtische Verwaltungen der Lösung dieser ersten Frage leider oft wenig Verständnis entgegengebracht. So hält die Verwaltung einer unserer größten Städte nach wie vor an der Bestimmung fest, daß über 35 Jahre alte Bewerber nicht angestellt werden, obgleich diese in den vorliegenden Fällen keine dauernde Beschäftigung bei der Stadt suchten, sondern nur vorübergehend unterzukommen wünschten, weshalb von der erwähnten Bestimmung wohl ohne Bedenken abgesehen werden könnte.

Wenn auch in den Kreisen der Fachverbände selbst durch Beiträge der Mitglieder und der Industrie Mittel zur Abwehr der dringenden Not aufgebracht worden sind, so entspricht doch das Bestreben, an Stelle der Arbeitslosenunterstützung Arbeit zu erhalten, einem gesunden Empfinden, das man zum Wohle der Allgemeinheit nach Kräften fördern sollte. Die vereinigten Verbände haben versucht, durch Wort und Schrift in diesem Sinn auf die maßgebenden Stellen einzuwirken und auch die Einrichtung von städtischen Arbeitsvermittlungstellen anzubahnen, da man sich hiervon eine bessere Regelung der schwebenden Fragen verspricht, als sie mit den bisher gegebenen Mitteln möglich gewesen ist.

Gr.

### Die deutsche Industrie und der Krieg.

In der Sitzung des Vereins zur Beförderung des Gewerbfließes vom 5. Oktober 1914 hat Dr.-Ing. W. v. Oechelhaeuser<sup>1)</sup> eine Ansprache gehalten, die wir als Ergänzung seiner in unserm Berliner Bezirksverein gesprochenen Worte<sup>2)</sup> nachstehend wiedergeben:

Meine Damen und Herren! Wir haben wohl alle mit Bewunderung die Mobilisierung unseres Heeres erlebt und nicht Worte des Lobes genug gefunden für die Vorsorge in der Heeresverwaltung, für unseren glänzenden, unübertrefflichen Generalstab. Wir haben der Eisenbahnverwaltung aus Allerhöchstem Munde die Anerkennung aussprechen hören, die ein jeder von uns im stillen für diese glänzende staatliche Organisation schon bereit hatte. Wir haben den Triumph unserer Reichsbank in Verbindung mit unseren Großbanken erlebt: wie hier eine geniale Fürsorge und kerngesunde Volkswirtschaft der denkbar schwierigsten Sachlage gewachsen war. Haben ferner aus dem Munde unseres Herrn Vorsitzenden und aus dem Hauptvortrage des Abends<sup>3)</sup> erfahren, wie unser Reichsamt des Innern in Verbindung mit der Industrie hier abermals eine glänzende deutsche Organisation geschaffen hat, die in dieser schwierigen Lage ausgleichend, beratend, fördernd und neu orientierend wirken soll. Auch diese in Verbindung mit unseren hohen Reichsbehörden zustande gekommene Organisation der Industrie dürfen wir wohl als vorbildlich ansehen.

Es fragt sich nun, welche Faktoren nun noch bei uns zu mobilisieren wären, um die Mittel, die uns hier durch die Initiative des Staates und der gesellschaftlichen Organisationen geboten sind, voll auszunutzen und uns die schwere Krisis überstehen zu lassen, in der wir uns befinden. Und da glaube ich, haben wir nunmehr zu appellieren an uns selbst, an einen jeden einzelnen von uns, an unsere eigene Kraft. Und da will mir scheinen, als wenn bei einzelnen Persön-

lichkeiten sowie bei manchen Gesellschaften oder Firmen vielleicht noch eine laue, schüchterne Zurückhaltung bestände, in der Erwartung, es könne vielleicht der Krieg unverhofft ein günstiges Ende für uns finden, und als habe man infolgedessen mit einer neuen Orientierung, die manche Industriezweige nötig haben, noch zu warten. Ich würde diese Hoffnung auf einen kurzen Krieg nicht zur Basis von weiteren Entschließungen machen. Ich würde sie für unverzeihlichen Optimismus halten! Denn wer die Volks-erhebung in Frankreich im Jahre 1871 miterlebt hat, wer gesehen hat, was dieses damals ebenfalls im ersten Ansturm glänzend niedergerungene Frankreich, unter der suggestiven Leitung Gambettas, aus dem Volke an gewaltigen Kräften noch hervorzurufen vermochte; wer die Lebenskraft eines alten Kulturstaates wie England kennt, wer die inneren Hilfsquellen Rußlands auch nur einigermaßen richtig abzuschätzen weiß — ein solches Niederringen, wie wir es erhoffen, das uns einen dauernden Frieden beschere, bedarf längerer Zeit, als wir vielleicht alle ahnen. Und darum bin ich der Ansicht, daß wir selbst uns alle so schnell wie möglich mobilisieren sollten, namentlich in der Richtung einer Neuorientierung, da, wo sie sich als notwendig ergibt.

Viele Industrien sind durch ihre Beziehungen zu den Bedürfnissen des Heeres und der Marine glücklich gestellt. Wir wissen anderseits auch, daß in Friedenszeiten gerade unsere bedeutendsten Aktiengesellschaften stets auch außerordentlich mobil waren, daß sie den neuen Bedürfnissen der Industrie und der Technik sich schnell anzupassen verstanden. Und gerade das sollten sich auch diejenigen Industrien, die ich, ihrer bisherigen natürlichen Grundlage nach, als konservative und stationäre bezeichnen möchte, in der gegenwärtigen Zeit zum Muster nehmen!

Und welche Aussichten bieten sich da? Wenn wir die Erfahrungen unserer Volkswirtschaft in Friedenszeiten betrachten, — wie schnell hat sich unsere Industrie und unser Handel aus schweren Krisen neu erhoben zu neuem Leben, immer weiter in der Kurve aufwärtsschreitend! Die Wellentäler sind immer flacher geworden. Ist da nicht

<sup>1)</sup> zur Zeit Major und Lagerkommandant auf dem Truppenübungsplatz Döberitz bei Berlin.

<sup>2)</sup> s. Z. 1915 S. 37.

<sup>3)</sup> Schweighofer: Die deutsche Industrie und der Krieg, Verh. Ver. Beförd. Gewerbfl. 1914 S. 115.

jetzt, wo die Triebkraft der nationalen Not hinter uns steht, alle Wahrscheinlichkeit dafür vorhanden, daß unser Volk auch diese Krisis überwinden wird und aus ihr emporgehoben werden kann, viel mächtiger und weltumspannender als je zuvor?

Worauf kann eine solche Hoffnung beruhen? Unsere schärfsten Mitbewerber und Feinde haben an uns eine große Anpassungsfähigkeit gerühmt. Zeigen wir sie jetzt zunächst und vorzugsweise einmal im Innenhandel! Die Fähigkeiten haben wir. Man hat uns die wissenschaftliche Durchdringung unserer Technik nachgerühmt. Nun, glänzende Beispiele davon haben wir soeben noch durch meine Herren Vordredner aus dem Gebiete des Aller-neuesten der Chemie gehört. Es ist der beste Beweis, daß diese wissenschaftliche Technik uns in diesem schweren Kampfe nicht verlassen wird, sondern neue und größere Erfolge als bisher zeitigen wird.

Dann unser Erfindungsgeist! Mögen uns die Engländer so viel Patente rauben wie sie wollen — nachmachen können sie uns darum doch noch nicht, was darin steht! Ich glaube, für jedes gestohlene Patent können wir tausend neue setzen.

Dann unser Unternehmungsgeist! Auch diesen haben uns unsere Neider und Hasser noch niemals abgestritten. Und sollte dieser Unternehmungsgeist uns jetzt, wo die innere Not zwingt, verlassen? Schadet es, wenn wir diesen Unternehmungsgeist, statt ihn nach Japan, China und Amerika zu tragen, einmal voll und ganz auf unser eigenes Vaterland anwenden? Noch vor wenigen Jahrzehnten wagte ein Mann wie Bennisgen nicht zu hoffen, daß es unserer deutschen Landwirtschaft gelingen könnte, aus eigener Produktion das deutsche Volk bei Abschneidung der Zufuhr von außen zu ernähren. Jetzt

sind wir beinahe vollständig so weit. Die deutsche Landwirtschaft hat sich unter einem vernünftig gewählten nationalen Schutz auf das deutsche Vaterland konzentriert und eine gewaltige Entwicklung erlebt. Und nun sollte uns das in der viel mehr anpassungsfähigen Industrie und in unserem erfahrenen und energischen Handel versagt sein?

Und dazu kommen noch die in unserem Vortrage heute so mit Recht betonten sittlichen Elemente! Sie traten doch in unserem Volke bei Ausbruch des Krieges in hohem Maße als Kraftfaktoren in die Erscheinung und werden auch für die Zukunft und für die Dauer nie bei den Deutschen versagen. Bei Beginn dieser kriegerischen Zeit hat mir kaum etwas aus Oesterreich-Ungarn einen so erfreulichen Eindruck gemacht wie die Worte des österreichischen Ministerpräsidenten Tisza, der erstaunt über die gewaltige nationale Erhebung Deutschlands und insbesondere hocheifrig über die Bundestreue sagte: das was die Deutschen so groß gemacht hat, ist ihre Ehrlichkeit, Zuverlässigkeit und Treue. — Und diese sittlichen Eigenschaften sind es, die uns überall, im Auslande, da wo Bestechlichkeit und Unehrllichkeit an der Tagesordnung sind, den festen Boden für unsere Erfolge gegeben haben. Diese sittlichen und jene materiellen und wissenschaftlichen Kraftmomente werden uns unzweifelhaft über einen auch noch so lange dauernden Krieg hinweghelfen. Halten wir nichts in der Welt als »über unsere Kraft« gehend! Es steckt viel mehr in unserer Volkskraft, als wir ahnen!

Und wenn ich zum Schluß einen Wunsch an jeden einzelnen in dieser Versammlung richten darf, dann möchte ich die Bitte aussprechen: lassen Sie uns ein jeder mindestens einen Pessimisten erschlagen!